

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

25 (21.6.1950)

Deutsche Börsen optimistisch

Scharfe Aufwärtsbewegung der Kurse seit dem Wochenende - Zinsen in der Debatte Wohnungsbau als Fremdkörper und Sorgenkind - Weiterer Schritt zur europäischen Zahlungsunion

Eine ganze Reihe positiver Momente charakterisiert die vorige Woche und das Wochenende. Begonnen wir mit dem Beschluß der Alliierten, die Beschränkungen für Auslandsinvestitionen in der Bundesrepublik zu lockern. Nach Ermittlung deutscher Stellen handelt es sich um etwa 175 Mill. DM auf Sperrkonten, die jetzt von den hohen Kommissaren freigegeben wurden. Der Bundesfinanzminister Scheffer begrüßte diesen Beschluß am Freitag, ein Bundesfunkkommentator am Montag dagegen war etwas skeptischer. Dieser meinte, der erwähnte Betrag verteilte sich auf 230.000 Konten, ein wesentlicher Betrag, nämlich etwa 20 bis 40 Mill. Dollar, bestie sich alleine auf den Film- und schließlich sprach er noch vom Mittel der Luftfahrt und Gewinnen der Coca-Cola-Gesellschaft, die auf diesem Konten verbucht seien. Wir teilen diesem pessimismus nicht. Wenn auch der materielle Erfolg nicht so groß sein wird, so glauben wir doch, daß diese jetzt beschlossenen Maßnahmen nur ein erster Schritt sind, um die deutsche Wirtschaft zu beleben. Und in dieser psychologischen Wirkung liegt die besondere Bedeutung. Wir werden im Laufe dieser Ausführungen noch sehen, daß die deutschen Börsen seit Freitag voriger Woche und insbesondere am Montag ausdrücklich mit dem Hinweis auf diese Freigabe sehr fest waren.

Es sei allerdings an dieser Stelle ein Hinweis gestattet. Die Höhe des ausländischen Bestandes an deutschen Wertpapieren ist nicht bekannt. An der Londoner Börse am Montag zeigte die 6-prozentige Kalk-Anleihe eine Kurssteigerung, und es wurde in London erklärt, diese Kurssteigerung sei darauf zurückzuführen, daß während des Krieges von deutscher Seite gewisse Beträge dieser Anleihe zurückgehalten worden seien, daß die auf diese Weise gehaltenen Stücke wertlos seien, und daß infolgedessen die nach im Auslandsteile befindlichen Stücke einen höheren Wert hätten. Was also ein holländischer Bericht vor einigen Wochen vermeldet wurde, wird nun noch einmal von London aus probiert. Die Rechtslage zu beurteilen,

würde hier zu weit gehen, aber die Unsicherheit, die durch solche Erklärungen in die Börsen hineingetragen wird, ist unverkennbar und man sollte schnell versuchen, sie zu beseitigen.

Wahlen mit unsicheren Folgen

Im allgemeinen wird als zweites positives Moment der Ausgang der Wahlen in Nordrhein-Westfalen betrachtet. Was daran nach der wirtschaftspolitischen Seite hin wichtig zu wissen ist, wollen wir kurz darstellen. Nach der Zahl der Sitze ist eine kleine Koalition (CDU und FDP) möglich und, wie man hier, auch wahrscheinlich. Man muß nur wissen, daß die CDU in Nordrhein-Westfalen, insbesondere wenn man an die Person Arnold denkt, keineswegs wirtschaftspolitisch identisch ist mit der CDU in der Bundesregierung. Auch die FDP steht in Nordrhein-Westfalen etwas anders als im Bundesgebiet. Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist stärker gewerkschaftlich orientiert und die FDP steht weiter rechts, zumal sie in ihrer Landesliste auch einige Herren der Splitterpartien aufgenommen hat. Außerdem ist die in nun durch Volksbefragung bestätigte Verfassung Nordrhein-Westfalens ein gewisses Hindernis für die kleine Koalition. Das Mitbestimmungsrecht und die ganz klar formulierten Sozialisierungsaufträge werden von der FDP abgelehnt und auch von der CDU der Bundesregierung nicht geteilt. Es ergäbe sich, käme es zu einer kleinen Koalition, die gekante Situation, daß eine Regierung aus Ruder käme, die wesentliche Bestimmungen der gerade beschlossenen Verfassung bekämpft, also auch nicht durchzuführen beabsichtigt kann. Aus diesem Dilemma kommt man auch nicht dadurch heraus, daß, wie zu vermuten ist, Herr Arnold seinen Ministerpräsidentenposten verliert. Man wird auf die Verhandlungen gespannt sein, die jetzt im Zentralausschuß der CDU unter Führung Adenauers laufen. Wir müßten auf diese Entwicklung näher eingehen, weil die Entscheidung, die jetzt zu fällen ist, sowohl von prinzipieller innerparteilicher Bedeutung, als auch

insbesondere von hoher wirtschaftspolitischer Bedeutung sein wird.

Kapitalzins höher oder niedriger?

Noch auf eine andere Kontroverse muß hingewiesen werden. Der Bundesfinanzminister ist der Meinung, der Kapitalzins dürfe nicht erhöht werden (die Formulierung der Meldung ist etwas unglücklich; wir vermuten, daß es sich um das Problem des Diskontsatzes dreht), aber höher, vorzüglich bei der seitens der Formulierer. Der Bundeswirtschaftsminister dagegen ist der Meinung, man müsse den Kapitalzins erhöhen, um dessen die Kapitalien anzuheben, um einen Anreiz zu geben. In der letzten Zentralbankerörterung sollte dieses Thema behandelt werden und die beiden Minister waren dann eingeladen, konnten aber von Bonn nicht abkommen. Man wird nun in einer nächsten Sitzung zusammen mit diesen beiden Herren noch einmal dieses Thema durchsprechen und wahrscheinlich zu wichtigen Beschlüssen kommen.

Wenn wir diese Meldungen unter einem höheren Gesichtspunkt sehen, so entstehen wir daraus, daß der Kernministerien zwischen diesen beiden Herren nicht ganz einig sind. Man konnte nach allem, was man bisher hätte annehmen, daß nunmehr endgültig entschieden sei: vollständig für Kapitalzinspolitik ist der Bundeswirtschaftsminister im wesentlichen aber geht es bei dem Kompetenzstreit um den Wohnungsbau. Der Finanzminister erklärt, die Zinsen dürfen nicht erhöht, weil sonst der Wohnungsbau gefährdet wird. Und der Wirtschaftsminister erklärt, die Zinsen dürfen nicht erhöht, weil sonst der Wohnungsbau gefährdet wird. Und der Wirtschaftsminister erklärt, die Zinsen dürfen nicht erhöht, weil sonst der Wohnungsbau gefährdet wird. Und der Wirtschaftsminister erklärt, die Zinsen dürfen nicht erhöht, weil sonst der Wohnungsbau gefährdet wird.

In dieser Nummer:

- WICOM: Bundesregierung kann Ostländer erheben
- Ausländische Investitionen in Deutschland
- Deutschland gehört zu Europas Luftraum
- Frage-Stabilisierung noch nicht akzeptiert
- Englands neuer Weg zur Produktionssteigerung
- Norwegen hat sich gut erhol
- Jugoslawien wünscht Wirtschaftshilfe
- Brasilien: Fünf-Jahrs-Plan

verändern — und die private Baulitigkeit kann nicht in Gang kommen, jedenfalls nicht so, wie es möglich, nötig und richtig wäre. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, Wohnungen zu bauen, jedenfalls nicht in einem Staat, in dem die Wirtschaftspolitik auf Marktwirtschaft hinausgeht. Wir kommen in einer kleinen Glosse noch einmal diesem Problem näher und begnügen uns hier mit diesem Hinweis.

Teure Jagd auf Steuereünder

In Nordrhein-Westfalen, das nun durch seine Wahlen wieder etwas mehr von sich reden machte, hat man durch lange Erhebungen festgestellt, daß im vergangenen Etatjahr über 300 Mill. DM Steuern zu wenig gezahlt wurden. Viele hundert Betriebe sind in diesen Steuer-Minderleistungen beteiligt. Es sollen schon 452 Strafverfahren eingeleitet worden sein und man hat schon für über 200.000 DM Strafen verhängt. Dabei ist nicht weniger anzunehmen, daß die Betrüger, die die Beamten der Finanzverwaltung mit der Ermittlung dieser furchtbaren Verbrechen gequält haben, ungefähr die Hälfte des Betrags ausmachen, der jetzt als Strafen verfügt wurde.

Einen letzten verworrenen Appell haben die Regierungschefs in, ebenfalls in Nordrhein-Westfalen, an alle Lastwagenbesitzer ergoßen lassen. Keinen geschuldeten Kaffee und keine unveränderten Ansa-Zigaretten zu befrachten, zu kaufen oder zu verkaufen. Es ist ein dankbares Kapitel, aber wir zweifeln, ob mit diesem Appell viel erreicht wird. Man sollte sich lieber an Bonn wenden, die Verhandlungen der Stützpunkt-Städte durchzuführen. Generarier Dillards mit vielen Zehntern Kaffee sollte man aufhalten und erobern, wie es kürzlich geschehen ist, aber dem Problem der Ansa-Zigaretten und das auf andere Weise beizukommen unveränderten Kaffees wird man

Wohnungsbau auf Stottern

Es ist erschütternd, wenn man die hier folgende Tabelle unter dem Gesichtspunkt betrachtet, wie tiefenweise und langsam der soziale Wohnungsbau in Gang kommt. Aus dem Bundeshaushalt 1950/51 erhalten die 11 Bundesländer 330,4 Mill. DM, die als nachrangiges Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbau Verwendung finden sollen. Die darauf den einzelnen Ländern zuzustehenden Barbeträge werden in zehn Monatsraten von diesen aufzurufen. Was bezahlt ist und noch zu zahlen ist, zeigt diese Tabelle.

Der Bund zahlt ab, er stößt den Ländern die Beträge ab, die sie zu bekommen haben. In der Meldung heißt es so schön: „Demgemäß können diese Beträge von den Ländern bald verlangt werden“. Verlangen hat auch in diesem Zusammenhang einen doppelten Sinn. Glaubt man wirklich, daß bei der Kapitalknappheit eine tiefenweise Dosierung wirklich Selbsteinsparung schafft? Aber was sollen alle Worte, lassen wir die Tabelle selbst folgen. Sie spricht für sich und gegen die Pläne am grünen Tisch:

Bundesland	(Werte in Mill. DM)		
	1. u. 2. Quartal 1950/51	Jan. Gesamtzahl	
Baden	3,50	1,80	18,30
Bayern	2,00	3,00	37,50
Bremen	0,75	0,58	4,80
Hamburg	2,23	1,81	16,10
Hessen	2,90	3,00	31,40
Niederrhein	3,05	4,81	45,10
Nordrh.-Westf.	14,86	14,86	148,60
Rheinl.-Pfalz	4,80	3,40	34,00
Sachsen-Anhalt	4,75	2,00	20,00
Württ.-Baden	8,50	3,00	30,30
Wirt.-Hohenzoll.	3,00	2,00	18,90
Gesamt:	55,11	22,18	350,40

Initiative im Export

Die aktuelle Berichterstattung dieser Ausgabe auf Seite 8 ist der Weintraubhandlung Hans Müller in Bastatt gewidmet. Unser Bild zeigt den



Blick in einen der 10 Keller; Holzfuß neben Holztisch, hier lagert der Wein ab und reift, bis er ein 'Favorite'-Erzeugnis wird.

Was läge näher, als heute, am zweiten Geburtstag der D-Mark, auf die abgelaufenen zwei Jahre zurückzublicken? Jedoch wäre dieses Vergnügen so billig, wenn wir lieber vorwärts und versuchen wir die schweren sozialen Störungen, die die Währungsreform gebracht hat, zu beseitigen. Versuchen wir außerdem die Störungen in unserer Wirtschaft, die uns durch die Flüchtlinge entstanden sind, zusammenzuheben. Selbstverständlich sind wir weder für das Elend der Flüchtlinge noch für den ungeheuren Flüchtlingsstrom verantwortlich, und wir müssen energisch zurückweichen, was in dieser Hinsicht in letzter Zeit von außen an Vorwürfen gegen uns erhoben wurde. Wenn Prof. Erhard in seinem Rückblick von „zwei Jahren Marktwirtschaft“ spricht, dann stimmt dies nicht ganz, wie er ja selbst zugibt. Noch immer sind Reste der Bewirtschaftung vorhanden, noch immer ist der Kapitalmarkt nicht funktionsfähig, weil er praktisch bewirtschaftet wird. Der Aufschwung in Deutschland wäre wesentlich schneller und wesentlich solider, vor sich gegangen, wenn man insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungswesens den Zapf über abgestimmtes hätte. Trotz dieser Unzulänglichkeiten hat sich die Marktwirtschaft bewährt. Wir sagen ausdrücklich „bewährt“, denn es soll heute keiner kommen und sagen, die Besetzung sei von Staats wegen gelungen, weil der Staat ein Wohnungsbauprogramm entwickelt habe. „Der Staat darf nicht als Bankrott auftriften“. Diesem Satz Prof. Erhards stimmen wir zu und haben uns immer an dieser Stelle auf diesen Standpunkt gestellt.

Auch Herr Erhard will ein Investitionsprogramm entwerfen. Wir vermuten, daß er dabei gute Gedanken entwickeln wird. Jedoch scheint es uns besser zu sein, man überläßt der Wirtschaft die Investitionsprogramme — und man läßt der Wirtschaft auf dem Wege über eine Stabilisierung die Mittel, die sie für Investitionen meist sehr zweckmäßig verwenden kann. Zweifellos wirkt eine „in der Leistung sich steigende Wirtschaft sich als Seg“ aus.

Als Beispiel dafür, daß ein einzelner Unternehmer sehr genau und gut weiß, wie und wo er investieren kann, wollen wir den Generaldirektor des Volkswagenwerks, Nordhoff, zitieren. Herr Nordhoff hat vor einigen Tagen erklärt, daß er jetzt größere Kapitalien für das Exportgeschäft investieren würde und müsse. Er wird in Buenos Aires, Sao Paulo und in Südafrika Montageerkschäften errichten, in denen Volkswagen zusammengebaut werden. Er hat ganz deutlich erklärt, daß auch das Volkswagenwerk besser auf zwei Beinen als nur auf dem einen Bein des Inlands Absatzes stünde, er hat sich auch nicht geheselt, wenn wir ihm darüber seine eigenen, offen zugegeben, daß auch die nächstjährige Produktion noch mit Aufbaumüssen belastet sei.

Wahrscheinlich wird Herr Nordhoff unter dem Aufbaumüssen sowohl die Kosten für den Wiederaufbau und Ausbau im Wolfsburg-Werk als auch die erwünschten Kosten für den Aufbau des Exports verstehen. Bleiben wir bei den Kosten für den Export. Wäre Herr Nordhoff Minister und würde solche Ansichten äußern, dann würde man sofort im Ausland über Dumping schreiben. Man würde nämlich sagen: der Volkswagen wird im Inland teurer gehalten als notwendig, um den Export forcieren zu können. Da Herr Nordhoff nicht Minister ist, darf er so sprechen, darf so handeln und muß sogar so handeln. Es wäre billig, jetzt einzuwenden, Herr Nordhoff habe es leicht, da ihm seine Wagen aus der Hand gelassen werden und da auch noch so lange nicht die Volkswagenproduktion nicht groß genug ist, um den Bedarf zu decken.

Wann steht man immer diese Ergebnisse und Entwicklungen wirtschaftspolitisch? Warum sieht man sie nicht betrieblich und von der Unternehmensleistung her? Es kann doch immer nur darauf ankommen, ein Produkt herzustellen, das begrenzt-

wert ist und das in einem größeren Umfang verlangt wird als die Produktion nachkommen kann. Man soll auch nicht einwenden, der Nachbedarf sei gerade in Personenzug sehr groß. Was heißt denn „Nachbedarf“? Haben sich nicht fast alle Industriezweige stark geföhnt in dem, was sie unter Nachbedarf verstehen? Warum hat man sich bei Personenzug nicht geföhnt? Es hätte doch naheliegen können, daß man hier den Bedarf überschätzte, zumal es sich um ein Objekt handelt, das einen sehr hohen Betrag beim Kauf erfordert.

Es ist eben nicht der Nachbedarf, der noch zu befriedigen ist. Lassen wir doch auch hier diese sogenannten wirtschaftspolitischen Worte weg. Die unternehmerische Leistung hat es in der deutschen Automobilindustrie zurwege gebracht, daß sie immer noch Konkurrenz hat, daß sie immer noch Preise nehmen kann, die für jede Investition, die ihr notwendig erscheint, ermöglichen.

Wollen wir ruhig zugeben, daß eine Wechselwirkung der Steuern gerade in dieser Ecke zu beobachten ist. Auf der einen Seite muß eine GmbH, genau den doppelten Betrag an Betriebszinsen haben, den sie im nächsten Jahr zu Investitionen frei hat. Wie andere Hälfte fließt über die Körperschaftsteuer ab. Auf der anderen Seite sind Personenzüge sehr gute Abschreibungsobjekte in der Bilanzierung, und die stimulierende Wirkung im Kapitalverhältnis wird in dieser Hinsicht nicht außer acht gelassen werden. Aber es wäre zu einfach, wenn man den Kraftwagenkauf nur als steuerrechtlichen Bedarf bezeichnen würde; er ist ein echter Bedarf.

Es mag gerade in diesem Zusammenhang notwendig sein, auf einen Satz zurückzukommen, den der Hohe Kommissar McNary vor einigen Tagen prägte: „Der Tag ist nicht mehr in allzuferner Zukunft, an dem ein Handelsdefizit nicht mehr durch Kapitalbeiträge ausländischer Steuerzahler ausgeglichen werden kann“. Ganz unübersehbar kann dieser Satz nicht bleiben. Auch in den USA ist eine solche Wechselwirkung der Steuern festzustellen. Auf der einen Seite werden in der Wirtschaft der USA Gewinne an den Lieferungen des Marshallplans erzielt, die wiederum die Steuerentlastungen erhöhen. Ganz abgesehen von der indirekten Wirkung, daß durch das Abfließen von Geldern wertvolle Preisbindungen vermeiden werden. Auf der anderen Seite sind die Marshallplan Steuerzahler auf deutscher Seite wiederum sind die Belastungskosten Belastungen. Aber warum sollen wir uns streiten? Deutschland muß versuchen, seine Handelsbilanz auszugleichen. Deutsche Unternehmen, wie Herr Nordhoff, investieren viel Kapital, um des deutschen Export zu steigern — zu Lasten des deutschen Konsumenten.

Die Stützpunkt des deutschen Exports ist ausschließlich die unternehmerische Initiative zurückzuführen und die Behinderungen kommen ausschließlich von außen. Man beachte doch nur die immer wieder ins Stocken geratenden deutsch-britischen Handelsvertragsverhandlungen. Welche Schwierigkeiten liegen immer noch auf dem Ost-West-Handel, der doch der natürliche Ausgangspunkt für uns ist! Hätten wir freie Marktwirtschaft auch im Außenhandel, dann wären wir schon viel weiter — und der US-Steuerzahler müßte sich vielleicht andere Sorgen machen. H.

Deutsch-französische Föhlung in der Versicherungswirtschaft

In Nr. 23 der Wirtschaftsrevue vom 11. Mai 1950 berichteten wir darüber, daß französische Versicherungsgesellschaften gegen deutsche Versicherungsgesellschaften wegen der während des Krieges von der deutschen Regierung gegen französische Versicherungsgesellschaften im Elsaß und Lothringen ergriffenen Maßnahmen, die diese zu verantworten hätten, gehandelt hat, sondern um einen staatlichen Hoheitsakt, dessen Folgen nur von Regierung zu Regierung bei Behandlung des ständigen Friedensvertrages zu überprüfen wären.

Angebote aus Ost und Südost

Überwiegend Agrarerzeugnisse

Die Länder Südost- und Osteuropas begünstigen in ihren Wirtschaftsverhandlungen mit den westeuropäischen Ländern in steigendem Maße ihre Agrarprodukte anzubieten. Das war auch zu erwarten. Die Länder sind trotz intensiver Industrialisierung noch immer Agrarländer und auf absehbarer Zeit auf

die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen angewiesen, die sie gegen Industriegüter einzutauschen wünschen. Da sie mit Westdeutschland als einem aufstrebenden Markt für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse betrachten, zeigen sie die Tendenz, sich ihre Waren absetzen zu sichern. Derselbe Welt neben einer ja-

gotawischen auch eine polnische Abordnung in Frankfurt und bietet, wie es vorzusagen war, Fleisch, Fisch, Erzeugnisse, Vieh und Getreide an und zeigt andererseits wie deutsche Außenhandelskreise erklären, eine bemerkenswerte Aufnahmefähigkeit für gewerbliche Erzeugnisse. Dies würde ein gestatten, wie man in diesem Kreis meist, mindestens wieder ein Vertragsvolumen zustande zu bringen, wie es vor dem jetzt ablaufenden Abkommen vorgesehen war, n. zw. rd. 25 Mill. Dollar nach jeder Seite. Obwohl die polnische Delegation eine recht umfangreiche Liste an Agrarerzeugnissen angebotet hat, so konnte bisher noch keine Einigung erzielt werden. Dies dürfte symptomatisch für die Schwierigkeiten sein, die in jüngster Zeit von der Agrarwirtschaft her aus dem Ost-West-Handel erwachsen sind. Die deutsche Ausfuhrwirtschaft hat erhebliche Exportverluste nach Polen erlitten, und man verfolgt deshalb in diesen Kreisen die Verhandlungen mit einiger Sorge. Die Verhältnisse für andere Ostländer liegen ähnlich. Westdeutschland muß in jedem Fall umfangreiche Agrarimporte tätigen, auch dann, wenn es keine direkten Verpflichtungen gegenüber Polen übernimmt. Die polnischen Produkte können dann erfahrungsgemäß auch über andere Handelspartner nach Deutschland gelangen und letzten Endes muß dann der deutsche Konsument die höheren Kosten tragen, die durch derartige Umwege entstehen. Schließlich und endlich wollen wir die Dollars für hochwertige Rohstoffe anlegen und Massengüter aus Ländern beziehen, wo wir sie nicht gegen Dollar kaufen müssen, sondern wo uns auch gewerbliche Erzeugnisse dafür abgenommen werden. Jedenfalls ist eine rasche und grundsätzliche Klärung in der Frage der Agrarimporten aus den Ost- und Südosträndern erforderlich, um, wie von den Hochkommissaren empfohlen, den Gütertausch mit diesen Ländern zu erweitern. Findet sich jedoch aus irgendwelchen wenig oder unbekanntem Gründen keine Bereitschaft oder keine Möglichkeit, Agrarerzeugnisse dieser Länder abzunehmen, so wird der Gütertausch mit ihnen wie er uns in der heutigen Außenhandelskonstellation leisten können. H.

Ängstliche Gutachten

Handelskammern fürchten sich vor frischem Wind

Die Einigungsstelle für Wettbewerbsstreitigkeiten der Industrie- und Handelskammer Stuttgart hat ein Gutachten gemacht und darin erklärt, daß „Frühjahrsverkäufe“, „Herbstverkäufe“, „Gute Tage“ nicht statthaft seien, weil sie gegen § 3 des UWG verstießen. Es kommt nämlich der Ansicht einer Bundesversammlung und damit der Bundes-

ratung eines besonders günstigen Angebots beim Publikum erwidert werden.

Wir schütten den Kopf ob dieser großen wirtschaftspolitischen Weisheit. Wir fragen uns außerdem, ob solche Gutachten im Sinne der Marktwirtschaft sind, die ja von Gegenstand der amtlichen Wirtschaftspolitik ist. Seitdem die deutsche Wirtschaft von Verkäufermarkt zum Käufermarkt übergegangen ist, werden die Kammern merklich unruhig und graben alle Bestimmungen und Verordnungen aus, die teilweise aus einer Zeit stammen, auf die man sich sonst nicht gern beiruft. Diese Kite ist erstaunlich. Im allgemeinen muß sich die Wirtschaft darüber beklagen, daß zu spät etwas erkannt wird. In diesem Falle muß man schon sagen, daß die Kammern viel zu früh etwas erkennen. Im übrigen ist bisher noch kein wesentlicher Vorstoß gegen die alten Bestimmungen vorgekommen, obwohl der Konkurrenzschutz außerordentlich hart geworden ist.

Diese Sorge um den Käufer erscheint etwas unecht. Schließlich kann ja jeder Käufer lesen und wird eine Aktion, die unter dem Namen „Gute Tage“ geht, nicht mit dem Sommerdruckverkauf verwechseln. Im übrigen bleibt es in jedem Käufer überlassen, ob er kauft oder ob er nicht kauft. Und schließlich muß ja auch jede Firma wissen, was sie ihren Käufern zumuten kann. Er soll ja auch wiederkommen.

Wir wollen doch ganz endlich von den Polizeistaat-Aktionen herunter und es der privaten Initiative sowohl des Handels wie des Käufers überlassen, wie und wo sich der Markt bildet. Im allgemeinen hat sich dies als die beste und billigste Versorgungsmaßnahme herausgestellt. H.

Wirtschaftsrevue, Nr. 25, 21. Juni 1950

wird kaum direkt zu Laube rücken können.

Auch im übrigen entwickelt sich der deutsche Außenhandel recht erfreulich. Registrierter Export...

Zahlungsunion

Die Arbeiten an ihr gehen gut vorwärts. Der Exekutivausschuß der Europariter hat jetzt diese Zahlungsunion beschlossen...

Export und Exportbegünstigung

Eine sehr günstige Exportentwicklung hat die deutsche Kraftfahrzeugindustrie gezeigt.

Verstärkte Auftragserteilung an West-Berlin!

Einen Appell zur verstärkten Auftragserteilung an Westberlin richtete Dr. Heinrich Vogel...

ein Absatzgebiet im Westen gesucht werden. Aus diesem Grunde werde Berlin in stärkerer Masse als bisher seine Produkte im Westen setzen...

... in amerikanischer Sicht

Die Berliner Industrie stehe vor recht großen Problemen. Der Senkung der Produktionskosten...

Die Berliner Bevölkerung habe beim Wiederaufbau der Industrie Initiative und Wendigkeit gezeigt...

Westberliner Handel im Mai

Im Mai wurden in Westberlin Ausfuhrerklärungen im Werte von 2,3 Mill. Dollar eingereicht...

Im Mai wurde ein Einfuhrwert von 200.000 Dollar für die Einfuhr von Textilien aus Frankreich abgewickelt...

In Interimshandel wurden im Berichtsmonat für Warenbesitze aus der Sowjetunion...

Für Warenlieferungen nach der Sowjetunion wurden zur Verrechnung über das Konto A...

Der Gesamtumsatz in Westberlin stellt sich nach Angaben der Wirtschaftsabteilung im 1. Vierteljahr 1950 auf 1.864 Mrd. DM gegenüber 1.764 Mrd. DM im letzten Viertel 1949...

Für Warenlieferungen von Westberlin in die Bundesrepublik für Industrie, Handel und Handwerk wurden Warenbegleichungen im Wert von insgesamt 58,4 Mill. DM gegenüber im Vormonat 59,0 Mill. DM abgewickelt...

Die Preisentwicklung in Westberlin war im Mai nach dem Lagebericht der Magistratsabteilung Wirtschaft im allgemeinen weiter leicht rückläufig...

Zwei neue Banken Die Lizenz zur Aufnahme des Geschäftsbetriebes in Berlin (West) wurde der Genossenschafts-Grundkreditbank eGmbH...

Aluminiumabsatz etwas gebessert Der Absatz von Aluminium, der im vergangenen Jahre teilweise bis auf 30-40 %...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

HICOM: Bundesregierung kann Osthandel erhöhen

Die Wirtschaftsexperten der Hohen Kommission haben der Bundesregierung auf einer kürzlichen Besprechung mitgeteilt...

Zahlungsgenehmigungen deckten 100 Mill. Verrechnungseinheiten, wird mit Sicherheit auch bei einer Verlängerung des Abkommens nicht der gesamte Betrag...

Die Ostzone ist von diesem Verhalten unberührt und hat sich damit einverstanden erklärt. Somit würde am 15. Juli bereits ein großer Teil der sogenannten Luftgeschäfte beseitigt sein...

Keine Zahlungsgenehmigungen mehr für Bestige aus der Ostzone

Nach einer Bekanntmachung des Bundeswirtschaftsministeriums werden auf Grund der bisher erfolgten Ausdehnungen der Bestige aus dem Frankfurter Interzonenhandelsabkommen...

Die Verhandlungen über die Ostzone-Niedersachsen Am 13. und 14. Juni haben nach einer Mittlung des Ostzonenrates für In-

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Bausparen führt zum Ziel

Der Wohnungsbau ist in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt. Die Bundesregierung hat durch das am 28. März 1950 vom Bundestag verabschiedete „Gesetz über die Förderung des Wohnungsbau“...

- 1. Wer baut die Wohnungen? 2. Wer finanziert die Wohnungen?

Bauherren sind einmal die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen (Baugesellschaften und -Gesellschaften), ferner öffentlich-rechtliche Körperschaften und schließlich in großer Zahl Privatpersonen.

Bei allen Wohnungsbauten ist die Finanzierung von entscheidender Bedeutung. Sie geschieht durch Bereitstellung von ersten Hypotheken durch die Sparkreditanstalten...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

über 30.000 t liegt seit Ende September vorigen Jahres in Auswirkung der Abschiebung in der Aluminiumindustrie...

Günstige Entwicklung des deutsch-australischen Handels Der deutsch-australische Warenhandel hat sich nach den Angaben des australischen statistischen Amtes stark entwickelt...

Die australischen Lieferungen an Deutschland sind in den gleichen Perioden noch stärker gestiegen und zwar von 1,07 Mill. austral. Pfund für die ersten 6 Monate des Steuerjahres 1949/50 auf 11,90 Mill. austral. Pfund in den ersten 6 Monaten des Jahres 1949/50...

Australische Einfuhr aus: in Mill. austr. Pfund: 9 Monate 1949/50 9 Monate 1948/49

Table with 3 columns: Country, 9 Monate 1949/50, 9 Monate 1948/49. Rows include USA, Großbritannien, Indien, Kanada, Indonesien, Iran, Schweden, Ceylon, Singapur, Bahamas, Frankreich, Italien, Japan, Australien.

Table with 3 columns: Country, 9 Monate 1949/50, 9 Monate 1948/49. Rows include Großbritannien, Frankreich, USA, Italien, Indien, Belgien, Neuseeland, Sowjetunion, Kanada, Ceylon, Singapur, Japan, Holland.

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen Ein deutsch-kolumbianisches Handelsabkommen wurde in Frankfurt paraphiert...

Badische Leistungsschau

Die Badische Leistungsschau, die am Donnerstag in Karlsruhe eröffnet wurde und bis zum 1. Juli läuft, ist trotz aller Schwermühen noch sehr umfangreich und vielseitig geworden. Auch die Abschlußfeierlichkeiten sind in den ersten Tagen recht reger. Bis zum Sonntag allein waren 31.000 Besucher da. Soweit es sich bis jetzt beurteilen läßt, wird diese Ausstellung ein geschäftlicher Erfolg sein.

Der Titel „Badische Leistungsschau“ ist im Zeitpunkt der Südweststaats-Debatte nicht unbedingt glücklich. Jeder kann sich nach Neigung darunter und dahinter verschiedene vorstellen. Die Anhänger des Südweststaats werden

Viel wichtiger aber ist, was auf dem Freigelände außerhalb dieser Halle, aber innerhalb der Ausstellung, gezeigt wird. Mit großer Mühe ist bereits Anfang April dieses Jahres besetzt und bepflanzt worden, um zum Zeitpunkt der Ausstellung das Ergebnis der Arbeit zeigen zu können. Man sieht dort einen Mustergarten von 2 Ar, der genügt, um eine vierköpfige Familie das ganze Jahr hindurch mit Gemüse zu versorgen. Weiter sind mindestens sechs verschiedene Kartoffelsorten gepflanzt worden, die man nun im Kraut sehen kann. Die früheste Sorte kann man bereits ernten. Die verschiedenen Möglichkeiten der Schieferherstellung von gutem Dünger, die verschiedenen Arten der rationellen Trocknung und Einbringung des

eine große moderne Drehbank zu sehen. Vorne links steht eine hydraulische Kaltzange, weiter links ist eine Hobelmaschine und hinten eine Bohrmaschine zu sehen.

Mitten unter den Ständen befindet sich ein Stand auf dem unter dem Stichwort „Cordelia“ steht. Was ist Cordelia? Eine organische Verbindung zwischen Textil und Gummi, gleitfähig, rutschfest, schalldämpfend, leicht mit klarem Wasser zu reinigen und die Bodenplatte abhältend. Es ist ein ein Bodenbelag und gleichzeitig als Bezugsmaterial für Sitzmöbel aller Art geeignet. Es wird in verschiedener Ausführung von glatter Ware bis zum eleganten Velour gezeigt. Dieser Stand konnte schon große Aufträge buchen, insbesondere für Behörden. Man erzählt uns dort, daß das Passivtextil der Oberamtsverwaltung, das Kurhaus in Wiesbaden und das Internationale Institut auf der Matras bereits mit diesem Bodenbelag versehen wurden.

Sehr früh und eindrucksvoll ist die Werbung der Hausparkassen. Zwei Stände besuchen wir und lassen uns über das Geschäft und über die Besonderheit jeder dieser Klassen Aufklärung geben.

Da ist zunächst die Badische Landeshausparkasse, eine Anzahl öffentlichen Rechts und eine Tochtergesellschaft der öffentlichen Sparkassen. Sie hat als Spezialität die Eigen-Wohnung und zeigt auf ihrem Stand ein Modell dieser Eigen-Wohnung. Sehr geschickt geht sie dabei an die äußere Grenze der Quadratmeterfläche, die nicht überschritten werden darf, wenn man sich nicht des Anspruchs eines öffentlichen Zuschusses bedienen will. Die Eigen-Wohnung hat zweifelslos Zukunft und sicher wird die Gesetzgebung einmal ein Eigentumsrecht auf die Eigen-Wohnung sichern.

Die andere Hausparkasse, die wir besuchen war die Badenia. Ihre Besonderheit liegt darin, daß sie die zweite Hypothek zu einem Zinssatz von 4 1/2 % besorgt. Bis zu 35 % der Vertragssumme macht diese zweite Tilgungshypothek aus, und es ist selbstverständlich nicht gleichgültig, ob man für die zweite Tilgungshypothek nur 4 1/2 Prozent oder mehr bezahlen muß. Mit jedem halben Prozent mehr muß man nämlich mindestens ein halbes Jahr länger arbeiten. Die Badenia hat im April 4 Mill. DM zugestellt.

Nun wollen wir noch einen Blick in die Halle 3 werfen, die dem Handwerk gewidmet ist. Sehr geschmackvoll ist der in der Mitte der Halle in Längsrichtung, fast die ganze Länge einnehmend, der Stand des „Moderschaffenden Handwerks“. Schneider und Kürschner haben hier ihre besten Produkte ausgestellt. Fast jedes Handwerk ist ver-

treterhand (Pflödingen) hergestellt wird und mit einem deutschen Motor versehen ist. Auch der neue Lastwagen aus Watenstedt ist dort ausgestellt.

Es ist unmöglich die Fülle der ausgestellten Gegenstände zu beschreiben, und es wird wahrscheinlich notwendig werden, sich einmal auf diese Ausstellung zurückzukommen.

Nun begeben wir uns zum Schluß in die Halle 1 zu der Ausstellung „Wie wohnen?“

„Wie wohnen?“

Gleichzeitig, aber innerlich unabhängig von der Badischen Leistungsschau ist die Sonderausstellung „Wie wohnen?“. Man kann diese Ausstellung unter einem wirtschaftlichen Gesichtspunkt sehen und als eine künstlerische Auserauswahl betrachten.

Betrachten wir diese Ausstellung von wirtschaftlichen Standpunkt aus, dann haben wir sehr großes auszustellen. Es wird nämlich nicht alles gezeigt und es wurde auch nicht jedem Fabrikanten Gelegenheit gegeben, seine Produkte



Stand der Badischen Landesbausparkasse



Stand der Ruf-Buchhaltung

sicher vermuten, die Badener wollten zeigen, was sie allein vermögen. Und die Badener, die Südweststaatsblätter sind, könnten auf diese Ausstellung mit dem Gedanken gegangen sein, daß wir in die Ehe einbringen würden.

Geht man nun aber unter diesem Gesichtspunkt durch die Ausstellung, dann wird vieles milder. Würde man Präzision reden, dann müßte man bemängeln, daß überhaupt nichtbadische Firmen ausgestellt haben. Aber wir waren berechtigt, es haben sehr viele nichtbadische Firmen, vor allem württembergische Firmen, ausgestellt. Die politischen Kämpfe der Bürokratie haben die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und das Zusammenarbeiten nicht herabwürdigen können. Nun ist man allerdings vorsichtig geworden und hat nur in der Halle „Handel und Gewerbe“ nichtbadische Firmen ausstellen lassen, und kann dies immerhin damit begründen, daß badische Händler diese Produkte ausstellen. Wenn der Handel nun auf so einer Ausstellung vertreten sein soll, dann muß er ja auch die Produkte zeigen, die er vertreibt. So sieht man also fast alle Markenprodukte in dieser Halle 3 und der Karlsruher Großhändler Chr. Dieckmann stellt Schlichte, Aschth, Burgoff, Pott-Baum und Appels Mayonnaise aus. Ohne Rücksicht auf diese Vorsicht ist allein der große Stand der Firma Geisler, Bielefeld, aufgestellt — und das noch in der Halle „Industrie und Landwirtschaft“. Ein ganz kleiner Vortragssaal ist in mitten in der Halle errichtet und jede Stunde läuft dort eine Buchführung vor dem erstaunten Publikum ab. Diese Vorführungen sind von jeder Messe und Ausstellung bekannt. Die Geisler-Produkte sind Markenartikel. Jedoch auf eine badische Leistungsschau gehören sie eigentlich nicht.

Heute und viele andere Vorschläge, Ratschläge und Erklärungen kann man dort billig einsehen. Selbstverständlich sind auch sämtliche Maschinen und Geräte zu sehen, von den kleinsten, die sich für Seidenspinnereien eignen, bis zu den größten für Güter mit großen Flächen. Auch Muster-Stühle für Schafe, Scherstein und für Kühe sind ausgestellt.

Hervorheben wollen wir den Einachs-Traktor Typ 5 der Firma Guldrot-Kinachs. Dieser Traktor zeigt eine technische Spitzenleistung und ist vielseitig verwendbar, zum Mähen, Ergrasen, Heuwalzen, Ziehen, Pflügen, Eggen, Hacken, Düngerverstreuen, Säen, Baumspri-

hier auszustellen. Es wird nur eine Richtung gezeigt. Es wird vor allem auch sehr viel Propaganda für die behördlichen Bevorzugungen gemacht. Daß man mit wirtschaftlichen Fragen etwas auf Kriegsfuß steht, zeigt schon daraus hervor, daß auf vielen Schildern keine Preise stehen, obwohl die Rubrik vorgesehen war, daß teilweise schon mit Höchständerungen der Preise vorgetragen wurden, daß man sich über das Wort „Best oder „Lieser“ nicht einigen konnte und verschiedene mehr.

Aber diese Sonderausstellung sollte ja auch gar nicht eine Ausstellung sein. Vielmehr ist sie von Landesgewerbeamt durchzuführen und hat eine ganz bestimmte künstlerische Zielsetzung. Das Einfache, Schlichte, Materialgerechte soll sowohl im Bauern wie in den Möbeln zum Ausdruck gebracht werden. Es wird nicht das gezeigt, was das Publikum haben will, sondern das, was die Künstler und das Landesgewerbeamt für schön und zweckmäßig halten. Diese Sonderausstellung gibt also nur Anregungen in einer ganz bestimmten Richtung, und wenn es gefällt, der soll sich danach richten. Es sind eine Reihe von Zimmern zu sehen und es sind drei ganze Wohnungen, vollständig eingerichtet, zu sehen. Die kleinste ist dabei am interessantesten. Es ist eine Zweifamilienwohnung für ein händisches Ehepaar gedacht mit 41,5 qm, die von der Forschungsstelle „Bauen und Wohnen“ entworfen wurde, etwa nach dem Stil der Demmerstockwohnungen in Karlsruhe. Auf kleinstem Raum ist der moderne Komfort zu sehen. Am besten und zweckmäßigsten ausgearbeitet ist der Waschkraum mit der Sitzbadewanne, einem großen Waschtisch und einer Toilette. Der Küchenteil kann mit einem Vorhang vom Wohnraum abgeteilt werden. Unser Bild hier zeigt einen Teil dieses Wohnraums.



Guldrot-Kinachs-Traktor Typ 5

Jedoch, warum soll man Prinzipien reiten? Es ist gut, daß immer einmal wieder eine große Leistungsschau in einer großen Stadt stattfindet und der Bevölkerung von nah und fern Gelegenheit gibt, das Neue zu sehen — und zu kaufen. Oft sind die Veranstalter dieser Ausstellungen ja auch gebunden und müssen einen Namen überreichen — und dann entstehen bei der Erfüllung der Aufgabe unersetzte Schwierigkeiten. Für und gegen Messen und Ausstellungen ist schon so viel geschrieben worden. Solange man der freien privaten Initiative vollen Spielraum läßt, werden sich Heftigkeit und Zweckmäßigkeit selbst einstellen. Es schadet dieser Leistungsschau nicht, daß nichtbadische Firmen ausstellen und es schadet ihr auch nicht, daß manche badische Firma nicht ausgestellt hat. Es gibt eben werbefreudige Firmen und Firmen, die ihr Licht gern unter den Scheffel stellen. Es soll jeder Firma unbenommen bleiben, darüber zu entscheiden, wo sie ihre Produkte verkauft und wo sie sie anbietet.



Cordelia, der neue Bodenbelag

Die Halle 3 schließt sich hinten an die Halle 2 an und ist der Landwirtschaft und dem Gartenbau gewidmet. In der Mitte ist ein großes Quadrat von den Gärtnern zurecht gemacht, auf dem edle Blumen gezeigelt werden. An den Seiten werden Früchte ausgestellt. Am Ende der Halle ist ein Stand des Milchwerks Karlsruhe und am anderen Ende ein Stand der badischen Winzergenossenschaften, wo Proben badischen Weins zu haben sind. Ein großer Teil der Ausstellungfläche dient der Darstellung der landwirtschaftlichen Gebiete, der Nutztierhaltung und dem Fruchterwerb. Auch eine Reihe von statistischen Erhebungen, die nicht uninteressant sind, sind hier zu sehen.

Die Ruf-Buchhaltung hat einen sehr geschmackvollen Stand, den wir hier auch abbilden. Sie zeigt neben ihren bekannten Buchhaltung und den anderen Organisationsmitteln ihre verschiedenen Büromöbel, aber selbstverständlich auch ihr neuestes Erzeugnis: die Buchungsmaschine mit dem Instrument, über den wir in der vorigen Nummer ausführlich berichteten.

Ebenfalls am Eingang der Halle 4 ist ein großer Stand der Firma Alfred Eby, Karlsruhe, die eine Reihe moderner Werkzeugmaschinen zeigt. Wir bringen ein Bild des Standes aus dem der Leser das weite Feld der Maschinenarten sehen kann, die die Firma liefert. Rechts auf dem Bild ist die Schattenanlage für

treten, auch die Blinden haben ihre Büstenwaren ausgestellt, und man sieht auf dem Stand jeweils einen Blinden einen Besen binden. Die Lehrkräfte des Bundeslehrerbildungswerkes Karlsruhe haben ein großes Modell einer elektrischen Eisenbahn geteilt und die Jungen führen dies mit großer Freude vor.

Auf dem Freigelände sind Gartenmöbel ausgestellt, unter denen die Eichenmöbel-Gartenbau der Firma Martin Orth auffallen. Die Firma Meta zeigt ihre Feuerwehreisen und eine Reihe von Kraftfahrzeughändlern die bekannten Fabrikate wie Lastwagen, Motorräder und Personenkraftwagen. Neu war für Karlsruhe der Motorroller „Walrus“, der erste Motorroller der in

Viele Möbel sieht man, viele Einrichtungen darunter auch Einrichtungen aus Schweden. Interessant sind die verschiedenen Formen der Büromöbel. Mehrere Hochstühle sind sehr bequem und gebogen werden. Diese Möbel sind so konstruiert wie die Stahlmöbel. Da viele die Stahlmöbel als zu kalt empfunden haben, suchte man sich wieder zu Holz zurückzukehren. Diese Stühle sind großer Teil von dem bekannten Karlsruher Professor Haupt sind wüchsig und zweckmäßig. Sie sind leichter sauber zu halten, nehmen wenig Platz ein und lassen dem Nutzer die Treppe frei. Gegen diese Möbel spricht das dauernde Wippen, man kommt in diesen Stühlen nicht zur Ruhe — und man wird das Gefühl nicht

los, daß sie doch auf die Dauer nicht so haltbar sind.

In einem besonderen Raum ist Porzellan und Glas ausgestellt. Im Gesamtsinn ist diese Ausstellung wie die Möbel, als Anregung gedacht. Mit diesen schlichten Linien und Porzellan finden sich vielfach noch die meisten nicht ab. Wir beobachten bei den vielen Gängen durch die Ausstellung die verschiedensten Meinungen. Überwiegend aber wurden sowohl Möbel wie Porzellan abgelehnt, teilweise mit unzutreffenden und weichen Gründen, aber als Wirtschaftler hat man ja nur festzustellen, ob etwas gekauft oder nicht gekauft wird.

Und es wurde gekauft. Schon in den ersten drei Tagen hatte ein Aussteller ein Zimmer viertel verkauft und ein Korbentwurf dazu. Erstaunlich war die Preiswürdigkeit. Wahrscheinlich ist dies auch der Hauptgrund für die Kaufbereitschaft. Die gezeigten Möbel unterscheiden sich nämlich sowohl in geschmacklicher wie in preislicher Hinsicht nicht erheblich von den Stücken, die man üblicherweise in den Schaufenstern der Möbelgeschäfte sieht. Diesen Unterschied, ja diesen Kontrast einmal gezeigt zu haben, darin sehen wir den Hauptwert der Ausstellung „Wie wohnen?“



Werkzeugmaschinen auf dem Stand der Firma Alfred Eby, Karlsruhe

Deutschland gehört zu Europas Luftraum

Vor einem kleinen Kreis von Fachleuten referierte kürzlich Oberregierungsrat Hübler vom Bundesverkehrsministerium in Bonn über die Stellung der BVM zur Frage des deutschen Luftverkehrs. Nach dem Kriege sind bekanntlich Deutschland alle Hoheitsrechte auf dem Luftverkehrsgebiet entzogen und an das civile Desimächtefluchtamt übertragen worden. Deutschen Staatsangehörigen ist im In- und Ausland jede aktive Beteiligung am Luftverkehr untersagt. Die Herstellung und die Einfuhr von Luftfahrzeugen mit ohne Antriebsvorrichtung, also auch von Segelflugzeugen, von Flugzeugteilen und sämtlichen Hilfegeräten für die Luftfahrt, jede Lehr- und Forschungsanstalt auf dem Gebiet des Luftverkehrs ist verboten. Trotz dieser Schläge hat sich im Laufe der Jahre ständig zunehmend ein ausgebreiteter Luftverkehr über Deutschland entwickelt, der ausschließlich von ausländischen Gesellschaften wahrgenommen wird. Zur Zeit werden nach Angaben des Sprechers von den ausländischen Gesellschaften 19 Strecken im deutschen Luftraum unmittelbar ins Ausland und 21 Strecken innerhalb des deutschen Gebietes befliegen. Im Tagesdurchschnitt fliegen 65 Starts und Landungen, davon 28 auf den internationalen Routen, statt.

Trotz des verhältnismäßig dichten Flugnetzes in Westdeutschland können so führe der Bodner aus, von einem eigentlichen deutschen Flugverkehr nicht gesprochen werden, weil die Streckenführung und auch die Flugplatzausstattung nicht immer den Wünschen des deutschen Verkehrs und der deutschen Wirtschaft genügend Rechnung tragen. Nach Ansicht des BVM sei z. B. für Zwecke des Geschäftsverkehrs zwischen einzelnen deutschen Großstädten unbedingt erforderlich, daß man den Hin- und Rückflug mit einem dazwischenliegenden hinreichenden Aufenthalt am Flughafen an einem Tage zu erledigen könne. Das sei bisher nur in wenigen Fällen möglich. Der Ausgestaltung des Flugplans in dieser Richtung ständen die Bestimmungen der Besatzungsstädte entgegen, wonach Flugzeuge der ausländischen Luftverkehrsgesellschaften nicht auf deutschen Boden stationiert sein dürfen. Deshalb sei der Luftverkehr über deutschen Ge-

biet bisher nur als Anstöß- und Auslastungsverkehr anzusehen.

Im Hinblick auf die evtl. Organisations eines zukünftigen deutschen Luftverkehrs sei das BVM der Ansicht, daß jedem Verkehrsstrahler diejenigen Transportaufgaben überlassen bleiben müssen, für die er technisch prädestiniert ist. Aus diesem Grunde sei die Schaffung eines selbständigen Luftfahrtministeriums überflüssig, es genüge, wenn der Luftverkehr mit seinen typischen Verkehrsformen eine Stelle innerhalb des BVM finde. Im Deutschland eines Tages die Souveränität über den Verkehrswege „Luftverkehr“ zurückzuerlangen werde, stünde man vor der Entscheidung, ob das auf die Rückgabe der Hoheitsrechte auf dem Luftverkehrsgebiet beschränkt bleiben solle, oder ob es Deutschland gestattet werden sollte, selbst wieder friedliche Luftfahrt zu betreiben. Die Rückgabe der Hoheitsrechte würde ermöglichen, den ausländischen Luftverkehr über dem Bundesgebiet nach deutschen Interessen zu regeln, was allerdings praktisch nicht vor dem ungelösten Friedensschluß möglich erscheint. Ein Aufheben der alten Luftraumhalte das BVM nicht für möglich.

Für eine künftige deutsche Luftverkehrsgesellschaft beständen danach nur zwei Möglichkeiten: Die Beschränkung auf das Inland mit passiver Beteiligung am internationalen Luftverkehr. Selbst wenn der Inlandluftverkehr allein unrentabel sein sollte, wäre er volkswirtschaftlich durch die Einsparung von Devisen gerechtfertigt. Oder der Verzicht auf eine deutsche selbständige Luftfahrtsgesellschaft und stattdessen die Beteiligung (Überran) an einer ausländischen Luftverkehrsgesellschaft mit Anschließung an den Weltverkehr. Die Voraussetzung zur Schaffung einer europäischen Luftverkehrsgesellschaft sind nach Ansicht des BVM im Hinblick auf die zunehmende Konkurrenz und auf die sich bereits abzeichnende Blockbildung der ausländischen Luftverkehrsgesellschaften durchaus günstig. Eine aktive deutsche Aufklärung in der Luft zu unterstützen.

Wir greifen auf:

Öiland Bayern?

Man kann fast sagen, es hat ein „Run“ der großen deutschen Erdölgesellschaften auf das Gebiet zwischen Donau und Alpenrand eingesetzt. Er begann vor gut einem Jahr. Heute ist das ganze Gebiet in Konzessionsbereichen unter 30-jährige Gesellschaften aufgeteilt. Jeder darf 3 Jahre lang Bäume aufsuchen — verlängert werden die Aufsuchungskonzessionen nur, wenn der Interessent in Verfolg seiner Absichten den erwünschten Ölberg gefunden hat. Zum Ansporn hat der bayerische Staat jede Konzessionsverteilung mit einer Auflage hinsichtlich der Intensität der geologischen Untersuchungen und nicht zuletzt hinsichtlich der Aufsuchungsarbeiten selbst verknüpft. Ist eine Gesellschaft fähig geworden, so hat sie das Recht, eine auf 30 Jahre betrieblie Gewinnkonzession zu erwerben.

Schon seit langem wird in diesem Gebiet, das mit Zentralfeld in Österreich eine geologische Verwandtschaft aufweist, Mineralien vermutet. Die ersten umfangreichen Bohrversuche wurden vor etwa 13 Jahren unternommen. Nach der Auffindung der Oildünen am Südrand der Alpen, die längst gemahnt wurden, nur plötzlichen Wiedergewinnung des Interesses an diesen bayerischen Gebieten mitgetragen haben.

Man steht, wie gesagt, am Anfang. Gefunden wurde nichts, mit Ausnahme einer kleinen, nur schon seit längerem fließenden Quelle am Tegernsee, die monatlich ca. 13 Tonnen hochwertiges Öl liefert. Bei Passau stieß man auf Erdgas. Bisher wurden 7 Teuborungen durchgeführt, je eine bei Krumbach, Mainburg, Augsburg (wird jetzt abgesetzt bei Neuditing und Bad Tölz) und zwei bei Memmingen, ferner eine größere Anzahl Flachborungen. Die Abflüsse gehen teilweise bis 2300 Meter. Die Bad Tölzer Bohrung wurde inzwischen eingestellt. Man hat die Absicht, drei zentraler Teuborungen durchzuführen, um geologische Kenntnisse für weitere Planungen zu erwerben.

An den Kosten beteiligt sich der bayerische Staat nicht. Die Gesellschaften werden über ihren Zentralverband in die Lage versetzt, selbst zu investieren. Der Unterschied zwischen dem niedrigeren Weltmarktpreis für Öl und dem höheren Abgabepreis an die Raffinerien stellt sogenannte als eine gewisse „Subvention“ die Mittel dafür bereit. Man überlegt, ob diese Subventionierung grundsätzliche pro Rata der Bohrmeister, an die Gesellschaften zu vergeben wäre. Dabei ist man bestrebt, die Aufsuchsborungen höher zu dotieren, als die Gewinnborungen. Bisher wurden rd. 4 Mill. DM in Südbayern investiert, und zwar von folgenden Gesellschaften: Deutsche Schachtbau- und Tiefbau G. m. b. H., München; Ruhr Gew. Eisenh., Hannover; ITAG, Hermann von Reuter, Karlsruhe; Celanese, Düsseldorf; „Florentin“ (Eigentum der Preussag), Bergkamen; O.P. Deutsche Mineralöl AG, München; Deutsche Erdöl AG, Wiesbaden; Cella und IGK, Ostbrunn; Ludwig Zering, Ostbrunn bei München. Über Erfolgserwartungen läßt sich so wenig sagen, wie überall, wo Substratgraber am Werk sind. Ein Ansporn — vor allem für die Männer, von deren Preisentscheidungen die Höhe der Subventionierung abhängt — dürfte die Tatsache sein, daß eine Million Tonnen in Deutschland gefördertem Öl pro Jahr rd. 10 Millionen DM Devisen jährlich exportiert. 1949 wurde eine Million Tonnen exportiert, das war mehr als das „Boll“ betrug.

„Fehlslüsse“ kosteten 34 Mill. £

Im Jahre 1948, als es in Europa wenig Fett gab — es soll jetzt noch Gebiete geben, wo es pro Kopf und Tag 10 bis 20 Gramm auf Karten geben soll für Normalverbraucher, da ergrübelte man in London, wo man gerade im besten Planen war, ein Bienenprojekt, um die Menschheit von Fettmangel zu erlösen und selbstverständlich auch ein gutes Geschäft zu machen. Das Projekt wurde als in Angriff genommen. Ob es von Fachleuten oder von Beamten durchgeführt wurde, ist nicht so wichtig, wie die Kenntnis, daß das Projekt scheiterte. Früher einmal eine deutsche Kolonie — umgeben und Erdöl aus gepönbelt erzielte Mengen sollten gewonnen werden. Dann hörte man längere Zeit nichts, wie immer bei staatlichen Projekten.

Nach dieser Phase berichtete nun ein parlamentarischer Untersuchungs-Ausschuß, in dem alle Parteien des Unterhauses vertreten sind, daß das Erdölprojekt bisher 34 Mill. Pfund Sterling gekostet habe ohne nennenswerte Einnahmen zu bringen. Der Plan habe sich als undurchführbar erwiesen und der ihm undurchführbare liegende Bereich habe zu ersten Fehlslüssen geführt. Wie stieß überhaupt — und die öffentliche Begründung für den Fehlsluß spricht eher dafür als dagegen — daß wir in Zukunft noch viele Pläne auf dem Wege werden scheitern sehen. Bedauerlich nur, daß die Völker dies bezahlen müssen. Der Gedanke, in Afrika Erdöl zu suchen, war gut, besser jedenfalls als dort nach Uran zu jagen, aber die Durchführung war miserabel. So kann man die Schwärze jedenfalls keine modernen Ackerbau beibringen.

Es wird gebaut ...

Es ist nicht gegen den Sport gesagt. Er erhebt die Jugend, schafft für den geistigen Arbeiter einen Ausgleich und stellt sich der Staat der Angelegenheit angenommen hat, wird er auch verschleudert. Einnahmen sind, damit eben diese Staat vom Wohl des Volkes wölben kann. Die besten Einnahmen fließen selbstverständlich aus dem Lotter-Geldern, kein Wunder also, daß sogar sehr moralische Finanzminister

Aus der deutschen Wirtschaft

Amerikanische Zone

Eine Bundesleistungsbau der Heimvertriebszeit soll während der Oktoberwoche durchgeführt werden. Als Veranstalter zeichnet die „Deutsche Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Neubürgerbetriebe“ verantwortlich. Die bayerische Messevertriebsgesellschaft a. b. H. wurde mit der Durchführung beauftragt. Nach Erklärungen eines Sprechers der „DANGE“ haben sich bereits über 600 Neubürgerbetriebe aus ganz Westdeutschland, darunter eine Reihe großer Spitzenfirmen, für die Messe, die in eine Ausstellungs- und eine große Verkaufsteilung gegliedert sein soll, gemeldet. Die „DANGE“ fordert alle interessierten Neubürgerbetriebe, sich umgehend in München (Westendstraße 148) anzumelden. Wie der Sprecher weiter erklärte, sollte die Bundesleistungsbau bereits in Frankfurt vorangetrieben werden. Auf Grund des Krieges, das der bayerische Staat und die Stadt München im vergangenen Jahr der Flüchtlingsleistungsbau entgegengebracht habe, wurde diese Großveranstaltung ebenfalls in München durchgeführt.

Mit einer Gesamtproduktion von 21 348 Kraftwagen und Straßenmaschinen im Bundesgebiet im Monat Mai war gegenüber dem Vormonat eine Produktionssteigerung um 14,9% bzw. 10,1% arbeitstäglich zu verzeichnen, wie vom Verband der Automobilindustrie ermittelt werden ist. Abgesehen von den Kraftmaschinen, bei denen ein Produktionsrückgang um 22,7% auf 383 Fahrzeuge im Mai zu verzeichnen war, lag die Produktion bei sämtlichen anderen Fahrzeugarten zwischen 11,1% (Personenkraftwagen) und 24,3% (Lasterkraftwagen unter 1 Nutzlast) über der Aprilproduktion. Mit einer Gesamtproduktion von 101 569 Kraftwagen und Straßenmaschinen wurden in den ersten 5 Monaten des laufenden Jahres bereits 62,7% der Gesamtjahresproduktion erreicht.

Die Arbeitsgemeinschaft der Spielwarenindustrie hat auf Grund des günstigen Ergebnisses der ersten fünf Monate Spielwaren in diesem Geschäftsjahr. Diese Fachmesse alljährlich im Frühjahr in Nürnberg durchgeführt. Mit einer wesentlichen Verbesserung der Ausstellungsart kann gerechnet werden. Die endgültigen Pläne werden bekanntgegeben, so bald die laufenden Verhandlungen abgeschlossen sind. Die nächste deutsche Spielwarenfachmesse findet vom 7.—12. März 1951 in Nürnberg statt.

Das bremische Wirtschaftskammergesetz, das die Bildung einer paritätisch besetzten Wirtschaftskammer als Körperschaft öffentlichen Rechts im Lande Bremen vorseht, wurde am 18. Juni mit den Stimmen der SPD, CDU und HDV (FDP) gegen die Stimmen der DP und KPD in der bremischen Bürgerschaft angenommen. Das Gesetz sieht die Konstituierung einer Wirtschaftskammer drei Monate nach Annahme des Gesetzes vor. Hauptaufgabe der Wirtschaftskammer ist nach dem Gesetz die Behandlung wichtiger und grundlegender Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Wirtschaftskammer soll das Gesamtinteresse der bremischen Wirtschaft vertreten und die wirtschaftliche und sozialpolitischen Auffassung und Belange der Unternehmer und Arbeitnehmers ausgleichen.

Nach einer Mitteilung des Staatlichen Außenhandelskontrollorgans Bremen erreichte die effektive Ausfuhr aus dem Lande Bremen im Mai einen Wert von 23 Mill. Dollar. Für Dienstleistungen usw. wurden 0,8 Mill. Dollar erzielt. Der Anteil der Empfängerländer beträgt in Prozent: Europa 84,7, Südamerika 10,5, Asien 11,7, Afrika 6,8, Mittelamerika 4, Nordamerika 3, und Ausfuhr 6,8. Die Einfuhr betrug 17,8 Mill. Dollar im Mai einschließlich der ECA-Einfuhren 11,3 Mill. Dollar, die Einfuhr über Bonas und FEC, JETIA 4 und JETIA 30 betragen 125 000 Dollar. Der Hauptanteil der Einfuhren entfiel auf Großbritannien und den Sterlingblock, Frankreich, Dänemark, Holland und Italien.

Die Heilbronner Werkzeugmaschinenfabrik Pfeiffer & Söhne hat jetzt erstmals nach dem Krieges vier Feststehblöcke mit Rundlaufgenauigkeiten bis zu 0,002 Millimeter nach Brasilien geliefert. Derartige Präzisionsmaschinen werden außer von

der Heilbronner Firma nur noch von einem Werk in der Schweiz hergestellt. Die Umsätze der Industrie im Stadt- und Landkreis Karlsruhe betragen nach einem Bericht der Industrie- und Handelskammer im 1. Vierteljahr 1950 96,2 Mill. DM und haben sich damit gegenüber dem Vergleichszeitraum 1949 um rund 11 Mill. erhöht. Der Gesamtumsatz in Nordbaden betrug im ersten Vierteljahr 1950 909,3 Mill. DM. Der Kammerbezirk Karlsruhe ist daran mit 21,1% beteiligt. Mit dem Stang von März 1950 hatte im Kammerbezirk Karlsruhe unter den verschiedenen Industriezweigen die Metall- und Maschinenindustrie mit 17,3 Mill. DM den größten Umsatz, gefolgt von der Lebensmittel- und Genussmittelindustrie mit 13,3 Mill. DM und dem Maschinen- und Fahrzeugbau mit 7,4 Mill. DM.

Am 13. Juni 1950 beging die Firma Wayss & Freytag AG in Frankfurt a. Main ihr 75jähriges Geschäftsjubiläum. Im Mai betrug der Export der physikalischen Wirtschaft nach Berlin 1,5 Mill. DM, wie aus amtlichen Berichten zu erfahren ist. Warenmäßig dominierten Schuhe mit 0,73 Mill. D-Mark, chemische Erzeugnisse mit 0,35, die Gruppe Holzstoff, Zellstoff, Papier und Papp mit 0,13, Tabakwaren mit 0,3 und Wein mit 0,11 Mill. DM. Der Exportwert von 1,8 Mill. DM macht rund 50% des Ausfuhrwertes von ganz Rheinland-Pfalz nach Berlin aus.

Die saarländische weiterverarbeitende Eisenindustrie beschränkt den süd-deutschen Absatzmarkt als wenig aufnahmefähig für ihre Erzeugnisse, stellt sie in dem Bericht der 1. Quartal 1950 der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes. Die höheren Gestehungskosten der Saarwerke sowie die deutschen Einfuhrzölle machen es den Saarwerken unmöglich, mit der rheinisch-westfälischen Industrie, die alle Möglichkeiten des süd-deutschen Marktes ausnützt und sich zur Zeit selbst unterzieht, zu konkurrieren. Wenn auch der Export der saarländischen Eisenverarbeitenden Industrie

Die Beschäftigungslage in der Holzindustrie von Nordrhein-Westfalen war nach Angaben des Wirtschaftsministeriums im Mai weiterhin. Ein Teil der Holzverarbeitenden Betriebe, deren Produktion in den letzten Monaten auf gleicher Höhe blieb, mußte zur Kurzarbeit übergehen, ohne jedoch bemerkenswerte Entlassungen vorzunehmen. In der Möbelindustrie ging die Kurzarbeit infolge gesteigerter Auftragslage zurück. Geringfügige Produktionsrückgänge bei den holzverarbeitenden Betrieben lassen sich keine Rückschlüsse auf die künftige Entwicklung zu. Bei den Sägewerken war die Lage im Mai überwiegend befriedigend, besonders im „Saward“. Schnittholz geringer Güteklassen wird bei zum Teil gestiegenen Preisen im allgemeinen ausreichend angeboten. Die Nachfrage nach Qualitätsstäben ist weiterhin. Im Holzhandwerk wird nach wie vor über Auftragsmangel geklagt.

Die Oberpräsidenten in Köln, Düsseldorf und Westfalen haben einen 1812-ten Appell an alle Spielzeug-, Händler, Gastwirte und Verbraucher gerichtet, zoll- und steuerpflichtige Waren, wie Kaffee, Tee, Zigaretten und Zigarettenpapier, nicht gegen den Laden- oder Großhändler zu kaufen, da es sich bei ihnen regelmäßig um Schwarzhandelswaren handelt. Wer diese Waren trotz des Preisverweises kauft, sei Steuerhelfer und werde mit Geldstrafen bestraft oder mit Geldstrafen belegt. Er verbeie nicht nur die Ware, sondern gegebenenfalls auch die zum Transport dieser Waren benutzten Beförderungsmittel. Außerdem muß er die fälligen Abgaben noch bezahlen. Seine Bestrafung werde in das Strafregister eingetragen. Diese Eintragung könne schwere Folgen in beruflichen, rechtlichen, so bei Bewerbungen, Ausstellungen und Gewerbeantragungen. Gastwirte stateten ihre Konzessionen aufs Spiel und Kaufleuten drohe im Rück-

wehe dem Unternehmer, der sich nicht an diesen Tarif hält und seinen Kunden etwa ein kleines Entgelt einnimmt. Einige Fernverkehrs-Firmen haben a. B. Busse gefahren, und zwar sehr viel und sehr oft und haben deshalb etwas billiger gefahren, also sich über die Bestimmungen der Tarifverträge hinweggesetzt. Nun müssen sie, auf eine Anzeige hin, Strafe bezahlen, und die Baubehörden haben die Befugnis, zwischen dem festgesetzten Tarif und dem von ihnen geforderten Fahrlohn an die Preisbehörde anzufragen. So behauptete es die Hamburger Preisbehörde. Die Bauoffiziere, die in kaum auf den Mund gefahren sind, erklärten nun, daß der behördlich sanktionierte Güter-Einheitszettel in der jetzigen Zeit keine Existenzberechtigung mehr habe. Die Bauoffiziere seien in den vergangenen zwei Jahren stark gesenkt worden, man sei jedoch gezwungen, sie wieder zu erhöhen, wenn an diesem Einheits-Einheitszettel nicht getätigt werden dürfe. Selbstverständlich führe dann ein Preisverweiser zu einer Befreiung der Bauwirtschaft. Im Übrigen wiesen sie darauf hin, daß die Bundesbahn seit einiger Zeit eine Rückvergütung beim Transport von Baustoffen gewährte.

Die Bauoffiziere sind in den vergangenen zwei Jahren stark gesenkt worden, man sei jedoch gezwungen, sie wieder zu erhöhen, wenn an diesem Einheits-Einheitszettel nicht getätigt werden dürfe. Selbstverständlich führe dann ein Preisverweiser zu einer Befreiung der Bauwirtschaft. Im Übrigen wiesen sie darauf hin, daß die Bundesbahn seit einiger Zeit eine Rückvergütung beim Transport von Baustoffen gewährte.

Wehe, wenn du billiger fährst ...

Es gibt einen amtlichen Tarif im Güterverkehr für Lastwagen, und

Unter den Firmen der deutschen Bauwirtschaft, in deren Arbeitsgebiet der Stahlbetonbau im Hoch- und Tiefbau eine entscheidende Rolle spielt, ist die Firma Wayss & Freytag AG diejenige, die den Stahlbetonbau, der ursprünglich mit Betonbetrieben und später mit Eisenbetrieben bezeichnet wurde, am weitesten in ganz Deutschland und in den meisten europäischen Ländern, sowie in den südamerikanischen Staaten, Argentinien, Brasilien, Uruguay und Costa Rica gegen eine große Anzahl von Betrieben von der Leistungsfähigkeit der Wayss & Freytag AG auf dem Gebiet des konstruktiven Ingenieurwesens Zeugnis ab. Sowohl am Ende des ersten wie am Ende des zweiten Weltkrieges verlor die Firma ihre im Ausland errichtete betriebliche Organisation. Der Wiederaufbau dieser Organisation geht mehr und mehr in die Hände der deutschen Bauwirtschaft über. In gleicher Weise wie die Bauwirtschaft verlor die Bauwirtschaft die Ehre und den Anspruch auf kaufmännisches Vertrauen. Die Straßen des Krieges sind unbenutzbar als niedrige Stufe der Verwertung und als schwerste die Abwertung der Fähigkeit, in der Handhabung der Zeit oder Dauer ein Ehrenwort zu bezeugen. Das Ehrenwort ist heute bei sämtlichen Straßen, zuätzlich auf eine Geldhöhe, bis zu 50 000 DM erkennen. Vorsitzender des Ehrengerichts der Handelskammer Hamburg ist Rechtsanwalt Heinrich Bremer, Vorsitzend Mitglied der deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, Hamburg, stellvertretender Vorsitzender Heinrich Matthies, Vorsitzend Mitglied der deutschen Vacuum-Öl-Aktiengesellschaft, Hamburg.

Die Deutsche Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwendelerei und der Verheimlichung, Hamburg, beschuldigt, im Zusammenhang mit der Industrie- und Handelskammer eine Schuldnerliste, die Material über Offenbuchschulden und Haftbefehle enthält, für das gesamte Bundesgebiet herauszugeben. In Verbindung mit der „Internationalen Wirtschaft“ und „Führer“-Fachzeitschrift, die am 30. Juni 1950 in Düsseldorf, findet vom 1. bis 3. Juli der „Deutsche Erberber-Verbandstag 1950“ statt, ferner vom 8. bis 10. 7. der Bundesverbandstag der Fachvereinigungen Wäscherei und Plätterei. Zu beiden Tagungen werden auch zahlreiche Gäste aus dem Ausland erwartet.

Ein größerer Kreis von Einzelhandelsgeschäften im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Bonn hat sich zu einer Arbeitsgemeinschaft „Konsolidierung zusammengefaßt. Dieser Zusammenschluß soll dazu beitragen, der Verschwendung durch gezielte Teilnahmepflichten zu verhindern. Kreditwürdig Käufer können durch ein festgelegtes Teilnahmeverfahren in mehr als 170 Geschäften in Berlin eine Zweigabteilung errichten. Auf der Möbelmesse in Hamburg lief am 15. Juni für die Craner Fischdampfer A.G. der 320 Hrt. große Fischdampfer „Atlantida“ vom Stapel. Der Dampfer soll schon im Juli seine erste Reise antreten.

Vom 1. bis 31. Mai 1950 wurden für Warenlieferungen Westberlins in die Bundesrepublik 23 762 Tm. Vormonat 21 123 Tm. Warenbestände im Gesamtwert von 58,4 (59,0) Mill. DM geschickt. Nach Westberlin wurden Waren für rd. 163,8 (151,8) Mill. DM vorseitig, davon für etwa 3,4 Mill. DM vorseitig Koble aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet.

Die zunehmende Beobachtung der Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb nicht in dem erforderlichen Maße beachtet werden, hat in Bonn die Absicht aufgenommen, den bereits früher bestehenden Verein zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs wieder ins Leben zu rufen. Der Verein soll verschiedene Wettbewerbsabfälle aufgreifen und diese vor das Eingangsamt der Industrie- und Handelskammer Bonn bringen.

Mit insgesamt 398 Mill. DM hat sich der Umsatz der schleswig-holsteinischen Industrie ohne Bauhauptgewerbe und Kraftfahrzeug-Reparaturbetriebe in den ersten 4 Monaten 1950 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres trotz veränderter Beschäftigungszahlen um 16% erhöht. An dem erhöhten Umsatz ist die Nahrungsmittelindustrie mit 77% beteiligt, deren Umsatz — nach einer Zusammenfassung des Statistischen Landesamtes — in der Vergleichszeit von 163 Mill. DM auf 229 Mill. DM gestiegen ist.

Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit seit Mitte 1949 auch in Nordrhine-Westfalen und die Maßnahmen zur Ausbildung und Umschulung von Arbeitnehmern, vertritt der Verband der Bauarbeiter in der jetzigen Zeit keine Existenzberechtigung mehr habe. Die Bauoffiziere seien in den vergangenen zwei Jahren stark gesenkt worden, man sei jedoch gezwungen, sie wieder zu erhöhen, wenn an diesem Einheits-Einheitszettel nicht getätigt werden dürfe. Selbstverständlich führe dann ein Preisverweiser zu einer Befreiung der Bauwirtschaft. Im Übrigen wiesen sie darauf hin, daß die Bundesbahn seit einiger Zeit eine Rückvergütung beim Transport von Baustoffen gewährte.

Die Bauoffiziere sind in den vergangenen zwei Jahren stark gesenkt worden, man sei jedoch gezwungen, sie wieder zu erhöhen, wenn an diesem Einheits-Einheitszettel nicht getätigt werden dürfe. Selbstverständlich führe dann ein Preisverweiser zu einer Befreiung der Bauwirtschaft. Im Übrigen wiesen sie darauf hin, daß die Bundesbahn seit einiger Zeit eine Rückvergütung beim Transport von Baustoffen gewährte.

Vorschlag des deutschen Industrie- und Handelslages entsprechend, die kaufmännische Ehrengewalt der Handelskammer Hamburg zu übernehmen. Durch diese Einziehung entspricht sich die Ehrengewalt nicht mehr auf Kaufleute, die die Hamburger Börse nicht besuchen, während bisher nur das Ehrengericht der Handelskammer bestand. Hinsichtlich der Kompetenzabgrenzung schließt die Zuständigkeit des Ehrengerichts der Handelskammer Hamburg aus. Das Ehrengericht der Handelskammer Hamburg hat keine gesetzliche Grundlage, es kann nur in Funktion treten, wenn der Betroffene auf Anforderung des Vorsitzenden eine schriftliche Unterwerfungserklärung abgibt. Dagegen ist die scheinbare oder mittelbare — schriftliche Unterwerfung der Hamburger Börse unterworfen, das auf dem Börsengesetz beruht. In gleicher Weise wie die Börsenvereinigungen verfolgt das kaufmännische Ehrengericht als Kommerzialdelikte alle Handlungen, die die Ehre und den Anspruch auf kaufmännisches Vertrauen verletzen. Die Strafen des Ehrengerichts umfassen als niedrigste Stufe die Verwarnung und als schwerste die Abberufung der Fähigkeit, in der Handelskammer zur Zeit oder Dauer ein Ehrenwort zu bezeugen. Das Ehrengericht ist heute bei sämtlichen Straßen, zuätzlich auf eine Geldhöhe, bis zu 50 000 DM erkennen. Vorsitzender des Ehrengerichts der Handelskammer Hamburg ist Rechtsanwalt Heinrich Bremer, Vorsitzend Mitglied der deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, Hamburg, stellvertretender Vorsitzender Heinrich Matthies, Vorsitzend Mitglied der deutschen Vacuum-Öl-Aktiengesellschaft, Hamburg.

Die Deutsche Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwendelerei und der Verheimlichung, Hamburg, beschuldigt, im Zusammenhang mit der Industrie- und Handelskammer eine Schuldnerliste, die Material über Offenbuchschulden und Haftbefehle enthält, für das gesamte Bundesgebiet herauszugeben.

In Verbindung mit der „Internationalen Wirtschaft“ und „Führer“-Fachzeitschrift, die am 30. Juni 1950 in Düsseldorf, findet vom 1. bis 3. Juli der „Deutsche Erberber-Verbandstag 1950“ statt, ferner vom 8. bis 10. 7. der Bundesverbandstag der Fachvereinigungen Wäscherei und Plätterei. Zu beiden Tagungen werden auch zahlreiche Gäste aus dem Ausland erwartet.

Ein größerer Kreis von Einzelhandelsgeschäften im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Bonn hat sich zu einer Arbeitsgemeinschaft „Konsolidierung zusammengefaßt. Dieser Zusammenschluß soll dazu beitragen, der Verschwendung durch gezielte Teilnahmepflichten zu verhindern. Kreditwürdig Käufer können durch ein festgelegtes Teilnahmeverfahren in mehr als 170 Geschäften in Berlin eine Zweigabteilung errichten. Auf der Möbelmesse in Hamburg lief am 15. Juni für die Craner Fischdampfer A.G. der 320 Hrt. große Fischdampfer „Atlantida“ vom Stapel. Der Dampfer soll schon im Juli seine erste Reise antreten.

Vom 1. bis 31. Mai 1950 wurden für Warenlieferungen Westberlins in die Bundesrepublik 23 762 Tm. Vormonat 21 123 Tm. Warenbestände im Gesamtwert von 58,4 (59,0) Mill. DM geschickt. Nach Westberlin wurden Waren für rd. 163,8 (151,8) Mill. DM vorseitig, davon für etwa 3,4 Mill. DM vorseitig Koble aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet.

Die zunehmende Beobachtung der Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb nicht in dem erforderlichen Maße beachtet werden, hat in Bonn die Absicht aufgenommen, den bereits früher bestehenden Verein zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs wieder ins Leben zu rufen. Der Verein soll verschiedene Wettbewerbsabfälle aufgreifen und diese vor das Eingangsamt der Industrie- und Handelskammer Bonn bringen.

Mit insgesamt 398 Mill. DM hat sich der Umsatz der schleswig-holsteinischen Industrie ohne Bauhauptgewerbe und Kraftfahrzeug-Reparaturbetriebe in den ersten 4 Monaten 1950 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres trotz veränderter Beschäftigungszahlen um 16% erhöht. An dem erhöhten Umsatz ist die Nahrungsmittelindustrie mit 77% beteiligt, deren Umsatz — nach einer Zusammenfassung des Statistischen Landesamtes — in der Vergleichszeit von 163 Mill. DM auf 229 Mill. DM gestiegen ist.

Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit seit Mitte 1949 auch in Nordrhine-Westfalen und die Maßnahmen zur Ausbildung und Umschulung von Arbeitnehmern, vertritt der Verband der Bauarbeiter in der jetzigen Zeit keine Existenzberechtigung mehr habe. Die Bauoffiziere seien in den vergangenen zwei Jahren stark gesenkt worden, man sei jedoch gezwungen, sie wieder zu erhöhen, wenn an diesem Einheits-Einheitszettel nicht getätigt werden dürfe. Selbstverständlich führe dann ein Preisverweiser zu einer Befreiung der Bauwirtschaft. Im Übrigen wiesen sie darauf hin, daß die Bundesbahn seit einiger Zeit eine Rückvergütung beim Transport von Baustoffen gewährte.

Französische Zone

Im Mai betrug der Export der physikalischen Wirtschaft nach Berlin 1,5 Mill. DM, wie aus amtlichen Berichten zu erfahren ist. Warenmäßig dominierten Schuhe mit 0,73 Mill. D-Mark, chemische Erzeugnisse mit 0,35, die Gruppe Holzstoff, Zellstoff, Papier und Papp mit 0,13, Tabakwaren mit 0,3 und Wein mit 0,11 Mill. DM. Der Exportwert von 1,8 Mill. DM macht rund 50% des Ausfuhrwertes von ganz Rheinland-Pfalz nach Berlin aus.

Die saarländische weiterverarbeitende Eisenindustrie beschränkt den süd-deutschen Absatzmarkt als wenig aufnahmefähig für ihre Erzeugnisse, stellt sie in dem Bericht der 1. Quartal 1950 der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes. Die höheren Gestehungskosten der Saarwerke sowie die deutschen Einfuhrzölle machen es den Saarwerken unmöglich, mit der rheinisch-westfälischen Industrie, die alle Möglichkeiten des süd-deutschen Marktes ausnützt und sich zur Zeit selbst unterzieht, zu konkurrieren. Wenn auch der Export der saarländischen Eisenverarbeitenden Industrie

Die Beschäftigungslage in der Holzindustrie von Nordrhein-Westfalen war nach Angaben des Wirtschaftsministeriums im Mai weiterhin. Ein Teil der Holzverarbeitenden Betriebe, deren Produktion in den letzten Monaten auf gleicher Höhe blieb, mußte zur Kurzarbeit übergehen, ohne jedoch bemerkenswerte Entlassungen vorzunehmen. In der Möbelindustrie ging die Kurzarbeit infolge gesteigerter Auftragslage zurück. Geringfügige Produktionsrückgänge bei den holzverarbeitenden Betrieben lassen sich keine Rückschlüsse auf die künftige Entwicklung zu. Bei den Sägewerken war die Lage im Mai überwiegend befriedigend, besonders im „Saward“. Schnittholz geringer Güteklassen wird bei zum Teil gestiegenen Preisen im allgemeinen ausreichend angeboten. Die Nachfrage nach Qualitätsstäben ist weiterhin. Im Holzhandwerk wird nach wie vor über Auftragsmangel geklagt.

Die Oberpräsidenten in Köln, Düsseldorf und Westfalen haben einen 1812-ten Appell an alle Spielzeug-, Händler, Gastwirte und Verbraucher gerichtet, zoll- und steuerpflichtige Waren, wie Kaffee, Tee, Zigaretten und Zigarettenpapier, nicht gegen den Laden- oder Großhändler zu kaufen, da es sich bei ihnen regelmäßig um Schwarzhandelswaren handelt. Wer diese Waren trotz des Preisverweises kauft, sei Steuerhelfer und werde mit Geldstrafen bestraft oder mit Geldstrafen belegt. Er verbeie nicht nur die Ware, sondern gegebenenfalls auch die zum Transport dieser Waren benutzten Beförderungsmittel. Außerdem muß er die fälligen Abgaben noch bezahlen. Seine Bestrafung werde in das Strafregister eingetragen. Diese Eintragung könne schwere Folgen in beruflichen, rechtlichen, so bei Bewerbungen, Ausstellungen und Gewerbeantragungen. Gastwirte stateten ihre Konzessionen aufs Spiel und Kaufleuten drohe im Rück-

wehe dem Unternehmer, der sich nicht an diesen Tarif hält und seinen Kunden etwa ein kleines Entgelt einnimmt. Einige Fernverkehrs-Firmen haben a. B. Busse gefahren, und zwar sehr viel und sehr oft und haben deshalb etwas billiger gefahren, also sich über die Bestimmungen der Tarifverträge hinweggesetzt. Nun müssen sie, auf eine Anzeige hin, Strafe bezahlen, und die Baubehörden haben die Befugnis, zwischen dem festgesetzten Tarif und dem von ihnen geforderten Fahrlohn an die Preisbehörde anzufragen. So behauptete es die Hamburger Preisbehörde. Die Bauoffiziere, die in kaum auf den Mund gefahren sind, erklärten nun, daß der behördlich sanktionierte Güter-Einheitszettel in der jetzigen Zeit keine Existenzberechtigung mehr habe. Die Bauoffiziere seien in den vergangenen zwei Jahren stark gesenkt worden, man sei jedoch gezwungen, sie wieder zu erhöhen, wenn an diesem Einheits-Einheitszettel nicht getätigt werden dürfe. Selbstverständlich führe dann ein Preisverweiser zu einer Befreiung der Bauwirtschaft. Im Übrigen wiesen sie darauf hin, daß die Bundesbahn seit einiger Zeit eine Rückvergütung beim Transport von Baustoffen gewährte.

Die Bauoffiziere sind in den vergangenen zwei Jahren stark gesenkt worden, man sei jedoch gezwungen, sie wieder zu erhöhen, wenn an diesem Einheits-Einheitszettel nicht getätigt werden dürfe. Selbstverständlich führe dann ein Preisverweiser zu einer Befreiung der Bauwirtschaft. Im Übrigen wiesen sie darauf hin, daß die Bundesbahn seit einiger Zeit eine Rückvergütung beim Transport von Baustoffen gewährte.

Wehe, wenn du billiger fährst ...

Es gibt einen amtlichen Tarif im Güterverkehr für Lastwagen, und

mitgeteilt wird. Darüber hinaus ist auch der Export deutscher Waren nach der Levante auf dem Wasserwege gut in Gang gekommen; die für die Levante bestimmten Waren müssen jedoch in Antwerpen oder Rotterdam auf Seeschiffe umgeladen werden. Der Schiffsverkehr zwischen dem Rheinbecken einwärts und der Iberischen Halbinsel anderwärts ist dagegen noch nicht wieder aufgenommen worden.

Frankreich wird sich auf Beschluß des Wirtschaftsausschusses offiziell an der Kölner Herbstmesse (8. bis 12. 9. 1950) beteiligen. Neben Ausstellern aus Frankreich selbst werden Marokko, Tunesien und Algerien mit geschlossenen Teilausstellungen vertreten sein.

Mit der schweidischen Werk- und Verkaufsausstellung, die vom Deutschen Verband für Schweidetechnik vom 10. bis 14. Juni in Duisburg abgehalten wurde, und die mit einer wissenschaftlichen Tagung verbunden war, sind die ausstellenden Firmen durchweg sehr zufrieden gewesen. Fast sämtliche ausstellenden Firmen der Schweidetechnik waren vertreten. Die Ausstellung hatte einen sehr guten Besuch verzeichnet. Zahlreiche Firmen besuchten die Ausstellung mit ihrer gesamten Belegschaft. Besonders Beachtung fanden die Vorträge des Unterwasser-Schweißens und der Schweißschweißung durch die Bundesbahn, wie auch die Ausbildung von Verarbeitern zu Schweißern, die durch Vermittlung des schwedischen Hilfswerks auf der Ausstellung praktisch vorgeführt wurde. Die beiden Vortragveranstaltungen befaßten sich mit der jüngsten Entwicklung auf dem Gebiet der Schweidetechnik in Amerika und Europa, die von Fachleuten der zu behandelnden Länder gegeben wurden. Außerdem wurden Spezialfragen der Schweidetechnik und Berichte über neuere Verfahren in der Schweidetechnik dargestellt. Besichtigungen der Hiltnerwerke, Hacklagn und des Bauwerks in Duisburg wurden am 15. 6. durchgeführt. Die ausstellenden Firmen zeigten sich bereit, auch dem einfachen Schweißer gegenüber ihre Apparate vorzuführen und ihm auch Schweißmaterial mitzugeben, so daß er sich anschließend nach Eingehen mit dem Material, so z. B. mit neuen Elektroden, betanzen konnte.

Aus Anlaß der Leistungsbau des schleswig-holsteinischen Handwerks, die vom 1. bis zum 18. Juni auf dem Messegelände in Flensburg-Mürwik stattfand, werden 40 Landesinnungsverbände des schleswig-holsteinischen Handwerks ihre Verhandlungen in Flensburg abhalten. Allein am 1. und 2. Juni tagen hier zehn Verbände, darunter die schleswig-holsteinischen Installateure, die Bäcker, Herrenschneider, Tögel und Fischer. In Flensburg wird damit gerechnet, daß durch diese Tagungen im Juli allein über 10 000 Handwerker Flensburg besuchen werden.

Im Mai haben 18 Firmen, davon 11 Kapitalgesellschaften und 7 Personengesellschaften und Einzelfirmen, ihren Sitz von Westberlin nach Westdeutschland verlegt. Die Industrie- und Handelskammer in Berlin eine Zweigabteilung errichtet. Auf der Möbelmesse in Hamburg lief am 15. Juni für die Craner Fischdampfer A.G. der 320 Hrt. große Fischdampfer „Atlantida“ vom Stapel. Der Dampfer soll schon im Juli seine erste Reise antreten.

Vom 1. bis 31. Mai 1950 wurden für Warenlieferungen Westberlins in die Bundesrepublik 23 762 Tm. Vormonat 21 123 Tm. Warenbestände im Gesamtwert von 58,4 (59,0) Mill. DM geschickt. Nach Westberlin wurden Waren für rd. 163,8 (151,8) Mill. DM vorseitig, davon für etwa 3,4 Mill. DM vorseitig Koble aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet.

Ostzone

Anlaß der Einwallung des Hauses der „Deutschen Wirtschafts-Institute“ in Ostberlin wurde der stellvertretende Gesamtministerpräsident Walter Ulbricht die Aufgaben des Instituts. Vor allen Dingen müsse dieses eine Analyse der allgemeinen Krise der Kapitalismus und deren konkrete Auswirkungen auf Westdeutschland geben. Das Institut müsse den direkten Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Maßnahmen der US-Imperialisten zur kolonialen Unterdrückung und der politischen Vergewaltigung zum Zwecke der Umwandlung Westdeutschlands in eine militärische Basis aufdecken. Der amerikanische Imperialismus besetze keine Position als Besatzungsarmee, um die hochkapitalistischen Gebiete Westdeutschlands als Kolonialgebiet zu beherrschen, das heißt, um ihm seine Absatzmärkte fortzunehmen und es als Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszunutzen. Der Marshallplan habe den Zweck, den westlichen Export zu fördern und mache damit die westdeutsche Arbeitslosigkeit nicht nur zu einem Dauerzustand, sondern lasse sie weiter anwachsen. Wenn die Beschränkungen im innerdeutschen Handel sowie die der Sowjetunion und des Volksdemokratischen Fortfalls werden, so erklärte Ulbricht, könne Westdeutschland ohne einen Cent der Marshallplangelder alle benötigten Waren beschaffen. Diese Tatsache bewiese das Ausmaß des ungerechten nationalen Verrats der Männer, die Westdeutschland in das System des westlichen Kriegspolates hineinzwängen. Leiter des Instituts ist Prof. Jürgen Kuczynski. Er vertritt die Auffassung, daß das Institut seine Arbeit nicht „neutral“ leisten, vielmehr Partei für die Interessen des werktätigen Volkes nehmen werde.

Die Bauoffiziere sind in den vergangenen zwei Jahren stark gesenkt worden, man sei jedoch gezwungen, sie wieder zu erhöhen, wenn an diesem Einheits-Einheitszettel nicht getätigt werden dürfe. Selbstverständlich führe dann ein Preisverweiser zu einer Befreiung der Bauwirtschaft. Im Übrigen wiesen sie darauf hin, daß die Bundesbahn seit einiger Zeit eine Rückvergütung beim Transport von Baustoffen gewährte.

Franc-Stabilisierung noch nicht aktuell

Industriepreise steigen, und man wünscht eher eine Abwertung des Franc
Bank von Frankreich will Gold zum teuren freien Kurs kaufen

Die sensationellen Meldungen, die in den letzten Tagen in der französischen Presse über eine für den Herbst dieses Jahres bevorstehende Stabilisierung des französischen Franc veröffentlicht wurden und die offensichtlich aus tatsächlichen Gründen von den offiziellen französischen Kreisen bisher weder demontiert noch richtiggestellt worden sind, greifen den Tatsachen scheinbar weit voraus. Es gibt in den vorwiegend französischen Kreisen gewiß keine einzige Personlichkeit, die eine legale Stabilisierung des französischen Franc, wie sie zum Jahresanfang von Poincaré im Jahr 1928 vorgenommen wurde, im jetzigen Zeitpunkt und in absehbarer Zeit für möglich und für zweckmäßig hält. Dagegen sprechen nicht nur eine Reihe rein innerpolitischer Faktoren — Frankreich befindet sich praktisch bereits in der Wahlperiode —, die immer noch gespannte soziale Lage, die prekären wirtschaftlichen Verhältnisse, die in einer gefährlichen Stagnation des Produktionsniveaus ihren Ausdruck finden, sondern auch internationale Faktoren, denen auch Frankreich infolge der engen Verflechtung der „westlichen“ Wirtschaft untereinander, Rechnung tragen muß. Innerhalb, soweit es möglich, daß Frankreich in den nächsten Monaten ein oder zwei Stappen, die zur Stabilisierung hinführen, zurücklegen wird, Gedacht ist dabei an die weitere Liberalisierung des Devisenhandels und, im Zusammenhang damit, an eine Neusetzung des Goldkurses für die Transaktionen der Bank von Frankreich, wodurch das französische Noteninstitut in die Lage versetzt werden soll, wieder Goldkäufe und -verkäufe auf der unregulierten Basis der heutigen Fremdenkurse vorzunehmen. Mit einer legalen Stabilisierung des Franc, d. h. der offiziellen Festsetzung des Goldgehaltes des französischen Franc haben aber derzeitige Maßnahmen ebenso wenig zu tun wie die verschiedenen Abwertungen, die seit 1924 von den französischen Regierungen vorgenommen wurden. Diese Abwertungen wurden stets in Form der Neusetzung des Francwertes gegenüber einer anderen Devisen, nämlich dem Dollar, durch Regierungserkret vorgenommen. Durch Regierungserkret vom Jahr 1927 wurde zwar das Poincaré-Stabilisierungsgesetz, durch das der Goldgehalt des Franc auf 0,55 mg festgesetzt wurde, für abgeschafft erklärt, aber gleichzeitig wurde beschlossen, daß der neue Goldgehalt später bestimmt würde. Das ist bis heute noch nicht geschehen.

Die Liberalisierung des Devisenhandels ist eine rein französische Angelegenheit, die im Interesse der Entwicklung des inländischen und ausländischen Handels nur erwünscht sein kann. Sie ist möglich geworden durch die fast gänzliche Angleichung der schwarzen Devisenkurse an die offiziellen Fremdenkurse, zu denen heute alle offiziellen Waren- und Finanztransaktionen vorgenommen werden. Bei diesem Stand der Dinge schließt man, daß das in den letzten zwei Jahren langsam abgebaute, aber immer noch bestehende Devisenkontrollsystem bald ganz aufgelöst werden kann. Ohne Zweifel beschäftigt dieses Problem die Sachverständigen des französischen Finanzministeriums zur Zeit sehr intensiv. Mit einer weiteren Lockerung, wenigstens für Warentransaktionen darf gerechnet werden; ob allerdings der freie Kapitalverkehr, insbesondere der Kapitalexport, bereits gelockert werden kann, wird in den einschlägigen Kreisen sehr bezweifelt.

Das Erfordern, so argumentiert man, einen Grad von Vertrauen des französischen Staatsbürgers zu der Wahrung und in die allgemeine Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung, der heute, wenigstens in dem für die dauernde Stabilität des Franc erforderlichen Maße, noch nicht besteht.

Zu der anderen Maßnahme — dem direkten Eingreifen der Bank von Frankreich auf dem freien Goldmarkt — ist die Zustimmung des internationalen Währungsforums notwendig. Der Goldbeitrag der Bank beim Forder zum Kurse von 119 Frs. pro USA-Dollar verwendet worden und die Bank kann daher nur zu diesem Kurse Goldkäufe vornehmen. Die Pariser freien Goldkurse sind jedoch fast auf dem Niveau der internationalen Goldpreise (28 Dollar pro Unze Feingold) gefallen und entsprechen ungefähr dem offiziellen Devisenkurs in Paris (250 Frs. = 1 US-Dollar). Man sieht daraus in Paris nicht ein, warum es der Bank nicht gestattet sein sollte, auch Gold zu ungefähr der gleichen Parität, wie sie bereits Dollarkurse annehmen kann, aufzukaufen, um ihren auf 400 i zurückgegangenen Goldbestand wieder aufzufüllen, nachdem ihre Devisenbestände bereits in einem Jahr auf über 100 Mrd. Frs. gestiegen sind. Ein gleichzeitiges Steigen ihres Goldbestandes könnte nicht nur ausgeglichene psychologische Wirkungen haben, sondern würde der Bank auch erlauben, den Banknotenlauf entsprechend zu erhöhen und damit nach schrittweiser scharfer Deflationpolitik wieder eine großzügigere Geldpolitik zur Nachfragebelegung einzuleiten.

Es besteht kein Zweifel, daß dies das unmittelbare Ziel ist, das Finanzminister Petain mit seinem für September erwarteten Antrag bei dem Internationalen Währungsforum verfolgt. Die in letzter Woche vorgenommene Reduzierung des Diskontsatzes der Bank von

Frankreich von 1 auf 2 1/2 % darf ebenfalls als ein Symptom der Änderung der Kreditpolitik der Bank aufgefaßt werden.

Für den französischen Finanzminister stellt sich in erster Linie das große Problem, daß sich eine Kreditexpansion nicht infolge der „sondern produktionsfördernd auswirkt. In dieser Hinsicht erscheint die Wahlperiode, in die Frankreich praktisch eingetreten ist, wenig günstig für eine solche, aber doch gesunde Kreditpolitik. Man war in solchen Wahlperioden in Frankreich immer geneigt, mit öffentlichen Geldern großzügig umzugehen, ohne zu genau auf den Restbilanzfaktor zu sehen. Andererseits bleibt noch manches zu tun, um das französische Volk in seiner Gesamtheit davon zu überzeugen, daß sich der Lebensstandard eines Volkes nicht allein an einer ausgewachsenen Tafel oder dem Besitz eines Automobils mißt.

Der Staatshaushalt 1930 wird wahrscheinlich einen Fehlbetrag von ungefähr 200 Mrd. Frs. aufweisen, obgleich das öffentliche Bauprogramm stark abgegrenzt wurde. Die Zahlungsbilanz Frankreichs war im letzten Jahr noch mit rund einer Milliarde Dollar defizitär. In diesem Jahre hofft man, das Defizit auf 500 bis 600 Mill. Dollar herabzudrücken zu können. Obgleich es durch Marshallplangelder nahezu gedeckt ist, sind die Faktoren, die eine Abnahme des Mißtrauens nähern.

Hinzu kommt, daß die soziale Lage noch keineswegs befriedigend ist. Die Beamten fordern neue Lohnerhöhungen, und von den seit einigen Monaten gesetzlich bestehenden Möglichkeiten freier Lohnvereinbarungen zwischen

Arbeitgebern und Arbeitnehmern konnte infolge Unklarheiten in der Gesetzgebung die von beiden Seiten zu einer Vertiefung der Positionen ausgeht wurde, nur selten Gebrauch gemacht werden. Die Stellung der Arbeitnehmer ist insofern ziemlich unangenehm, weil das allgemeine Lohnniveau erst den Koeffizienten 12 bis 15 erreicht hat, während das Preisniveau auf dem Koeffizienten 20, für die Industriepreise sogar auf dem Koeffizienten 22 (1928 = 1) angelangt ist. Gerade das Steigen der Industriepreise ist ein ernstes Hindernis für eine endgültige Sanierung der französischen Wirtschaft. Es erklärt sich nur zum Teil mit den erhöhten Steuer- und Soziallasten der Industrie, Rationalisierung durch Typennormung und fortschrittliche Produktionsmethoden wird noch zu oft abgelehnt, und zwar nicht nur von den Arbeitgebern, sondern auch von den Gewerkschaften, die hinter jeder Rationalisierungsmaßnahme nur eines sehen, nämlich steigende Arbeitslosigkeit. Letztere ist in Frankreich noch verhältnismäßig gering; sie kann auf 200.000 Personen geschätzt werden, bei einer Beschäftigtenzahl von 9 bis 10 Millionen Menschen. Die französischen Industrieerlöse liegen aber jetzt wieder im Durchschnitt um 10% über der heutigen Dollarkursparität. Es wurden daraus in Industriekreisen bereits Stimmen laut, die eine neue Abwertung des Franc, etwa auf der Basis von 400 Frs. pro Dollar, fordern. Es liegt auf der Hand, daß derzeitige Tendenzen einen schlechten Anstoß zu den Stabilisierungsplänen der Regierung selbst wenn sie erst viel später verwirklicht werden sollen, bilden.

Englands „Productivity“

Neuer Weg zur Produktionssteigerung

Alle Volkswirtschaften — voran die europäischen — streben heute zwei Ziele, einmal, sich von der wirtschaftlichen Hilfe der anderen unabhängig zu machen, und zum zweiten, den Lebensstandard des eigenen Volkes zu heben. Diese Bemühungen stoßen in weiten Kreisen der Bevölkerung auf Verständnis. Und so liegt der Gedanke nahe, den einzelnen zur Steigerung der Produktivität anzuregen und damit das Gesamt-Produkt zu erhöhen. Vor allem Großbritanniens hat hiermit erstaunliche Fortschritte erzielt. Seine industrielle Produktion erreichte im Laufe des Jahres 1929 um 8% in die Höhe.

Diese Zunahme innerhalb Jahresfrist ist ungewöhnlich, bei gleichbleibendem Stand der Technik ist es in wenigen als 10 Jahren zu einer Produktionssteigerung um 20% führen. Diese Entwicklung kann nur zu einem gewissen Teil mit der Zunahme der Zahl der Beschäftigten erklärt werden. Die eigentliche Ursache liegt in der höheren Leistung des einzelnen Arbeiters, sie beträgt etwa 4% im Jahr. Der Nichtschmann wird das Ergebnis nur dann ganz würdigen können, wenn er erfährt, daß der Erfolg die ohnehin optimistische Schätzung der Regierung von 1% übertrifft hat.

Sie lernen in den USA

Wie haben die Engländer das fertig gebracht? — Nun, Unternehmer und Arbeiter erblicken die Ursache für diesen Erfolg zu 90% in der „productivity“, einem Begriff, den auch Italien nicht in seinem Aleranzu definieren können, umfaßt er doch alle Anstrengungen des einzelnen, die richtige Wirtschaftsmaschine der Insel wieder voll in Gang zu bringen. Seit zwei Jahren führt die britische Regierung eine Werbe-Kampagne für diese Idee. Gleichzeitig schickte das Anglo-American Council of Productivity, eine aus Marshallplangeldern finanzierte Einrichtung, zwei Gruppen von in der Industrie Tätigen nach den Vereinigten Staaten und führte ihnen dort die neuesten Produktionsmethoden vor. Das Ergebnis war eine Fülle von Verbesserungsvorschlägen der britischen Industrie, die auf produktionssteigernde Erfahrungen aus den Vereinigten Staaten, von denen ja auch Großbritannien während des Krieges weitgehend abgeschlossen war, hatten.

Britische Betriebe bildeten Interessengemeinschaften zur Auswertung dieser Erfahrungen.

gener Erfahrungen. Viele Firmen verdrängten den Gedanken über die Erfolge, die sie durch die Modernisierung ihrer Produktionsmethoden erzielt hatten. Die Berichte fanden Eingang in weite Kreise der Industrie; sie vermehrten die Schär der Nachahmer. Es hat sich immer wieder erwiesen, daß das Interesse der Arbeitnehmer an der Sache wuchs, sobald Hand in Hand mit dem Erfolg die Arbeitslose stabilisiert wurden. Das Prinzip des Anreizes zu größerer Leistung wurde auch von der Regierung gefördert, in dem Fällen, wo die Lohnerhöhungen in einer steigenden wirtschaftlichen Prosperität ihre Rechtfertigung fanden. Als oben wichtig und ergebnisbringend hat sich erwiesen, die im Betrieb auftretenden Fragen und Probleme zwischen Unternehmern und Arbeitern zu besprechen, zu diskutieren und danach Verbesserungen einzuführen. Die gemeinsamen Ausreden führten zu einer weitgehenden Orientierung der Arbeiterschaft über den eigenen Betrieb und damit zu einer Erweckung des Interesses der einzelnen an einer stabilen und reibungslosen Fabrikation. Die Saat fiel zum großen Teil auf fruchtbaren Boden. Viele Firmen sind deshalb bereits dazu übergegangen, ihren Arbeitern Einblicke in die Finanzverhältnisse zu geben und ihnen an Hand von Zahlenmaterial zu zeigen, inwieweit der einzelne dazu beitragen kann, den Export zu steigern und damit die notwendigen Importe für das seismigste Inselvolk zu bezahlen. Es bedarf selbstredend einiger Mühe und Geduld, dem einzelnen klar zu machen, wie wichtig und wie notwendig gerade seine Arbeit im Rahmen der ganzen Volkswirtschaft ist. Die Regierung veröffentlicht nicht zuletzt aus diesem Grunde Listen, aus denen jedermann die Menge Importgüter ablesen kann, die die Regierung für seine Leistung besteht und die damit letzten Endes ihm selbst wieder zurück kommen. Die psychologische Wirkung solcher Maßnahmen liegt auf der Hand. Neben diesen Bestrebungen der Einwirkung auf den einzelnen geht die Standardisierung der Produktion, die Vereinfachung und Verkürzung der Produktionswege und -Prozesse einher. Das Neue an der Sache ist jedenfalls, daß dem Ausschlag bei den einzelnen Erfolgen das wehrhafte Ansprechen des einzelnen und Mitarbeiters im Betrieb gegeben hat.

Lage auch hier nicht allein richtig gesehen werden, denn angesichts des Aufwandes für den Walfang waren die Ergebnisse wiederum nicht übermäßig erfreulich. Es wurde sogar, bedingt durch einen Preisrückgang, ein Produktionsverlust erreicht, der 6% unter dem des letzten Jahres lag.

Was die Elektrizitätsversorgung anbetrifft, so kann von einem merklichen Aufschwung mit einer Strommenge von 18.000 Mill. KW gegenüber 12.400 Mill. KW im Jahre 1928 gesprochen werden. Die Handelsflotte vergrößerte vor allem in der zweiten Jahreshälfte den Geschäftserfolg. Eine Anzahl Schiffe mußte stillgelegt werden. Die Ursache war in einer allgemeinen Flaute auf dem Schiffsfahrmarkt zu suchen. Die Frachtwerte waren im Durchschnitt billiger als 1928, jedoch führte die Vergrößerung der Handelsflotte um etwa 13% zu einem gewissen Ausgleich.

Im großen und ganzen ist der sichtbare Wirtschaftsaufschwung des Nordens des Landes nicht ganz gerecht geworden. Die Norweger importierten mehr, als sie in der Lage waren zu exportieren. Das dürfte auf die geringere Lebenshaltung und den dadurch wachsenden Bedarf zurückzuführen sein. Denn, während der Ausfuhr den Stand des Jahres 28 hielt, stieg der Wert der Einfuhr von 785 Mill. kr. auf 1245 Mill. kr. Man darf dabei allerdings nicht die riesigen Summen übersehen, die Norwegen in den Wiederaufbau des Landes gesteckt hat, gleichsam Investitionen auf lange Sicht. Beachtlich sind außerdem die noch weit vor hohen Beträge die an Investitionen in die norwegische Wirtschaft geflossen sind. Den

Norwegen hat sich gut erholt

Mangel an Arbeitskräften - Hohe Holzverkäufe - Wachsender Bedarf

Wasserkraft resp. Elektrizität. Wie der norwegische Handelsminister mitteilt, ist das Nationalprodukt von etwa 9900 Mill. kr. im Jahre 1928 auf 19.480 Mill. kr. im Jahre 1929 gestiegen.

Der Anfall an Holz erreichte Rekordhöhen. Mit 1,25 Mill. tcm Holzschlag hat man die größte Holzmenge seit 1820-21 gefaßt, etwa 10% mehr als 1927/28, während der Holzverkauf gar 20% über dem des Vorjahres lag. Lediglich die Zufuhr an Brennholz ließ etwas nach, was den norwegischen Wirtschaftler jedoch nicht weiter verstimmt haben wird, zumal das den Anfall an allen Holzarten zugute kam.

Der Fischfang hingegen ließ manche Wünsche offen. Die Ausbeute des Vorjahres konnte nur zu etwa 80% erreicht werden, mit einer Gesamtmenge von 1.000.000 t. Das Körbe natürlich zu empfindlichen Einschnitten in der weiterverarbeitenden Fisch-Industrie. Vor allem wurde die Produktion von Hering und Heringsschmalz eingeschränkt. Natürlich kletterten die Fischpreise in die Höhe. Die Ausbeute des Walfangs in der Antarktis hingegen lag mit dem Vorjahresertrag. Jedoch darf die

Portugal strebt nach eigener Eisenbasis

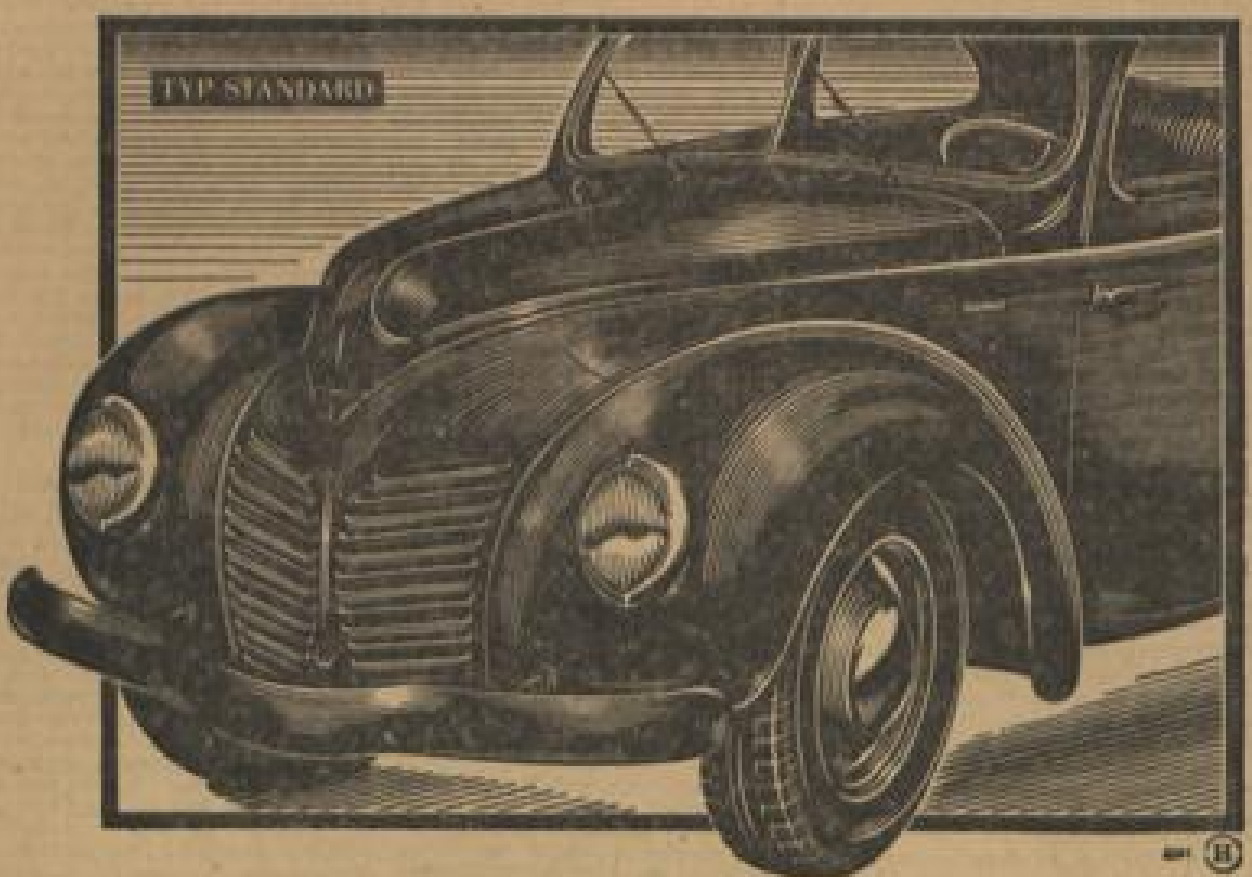
Der portugiesische Wirtschaftsminister hat mitgeteilt, daß die seit etwa anderthalb Jahren betriebenen Vorstudien zur Errichtung einer Eisen- und Stahlindustrie nunmehr abgeschlossen sind. Das Ziel ist, Portugal im Laufe der Zeit von der Einfuhr von Eisen unabhängig zu machen. Der Umfang der letztlich zu erzielenden heimischen Produktion (ungefähr 100.000 Tonnen) ergibt sich im einzelnen aus den Einfuhrzahlen der letzten Jahre:

	1927	1928	1929
Gießerei-Rohst. Eisen	18.689	18.808	13.500
Eisenabfall	17.071	14.812	9.500
Weißblech	17.528	23.241	14.500
Walzblech	110.030	152.368	115.000
	163.298	207.627	152.500

Die erste Phase der Entwicklung sieht zunächst die Produktion von 20.000 Tonnen Gießerei-Rohst. und 75.000 Tonnen auf kleinen Walzstrahlen gewalzten Walzwerkzeugmaterial vor. Dafür sind folgende Investitionen in Aussicht genommen: ein bis zum äußeren mechanisierten ununterbro-

chen arbeitenden Walzwerk für kleine Profile, eine Martin-Stahlfabrik und ein elektrischer Reduktionsofen von ungefähr 15.000 kW Stärke. An Rohstoffen sollen verwendet werden: 25.000 Tonnen überschüssiger Schrott, 12.500 t wiedergewinnender Schrott, 35.000 bis 40.000 t einheimisches Eisenerz, 25.000 t importiertes Schrott, 25.000 t importiertes Rohst. Als Brennstoff wird nicht die einheimische Braunkohle verwendet werden, weil unwirtschaftlich, sondern Fuel-Oil. Um die 28.000 bis 40.000 t Eisenerz zur Verfügung zu haben, werden die reichen Magnetit-Erze von Vila Coiva in der Serra do Marão abgebaut werden, wobei sich ein Ertrüberschuss ergeben wird, der zunächst exportiert werden soll. Die sicheren Reserven dieses Erzkonzentrates werden auf 10 Mill. t geschätzt, wozu noch 20 Mill. weitere vermutliche Reserven kommen. Die heimischen Mangano-, Wolfram-, Titan-, Chrom- und Molybdän-Erze werden ebenfalls für den Aufbau der Stahlindustrie von Nutzen sein. An Eisenwerkstoffen sind noch die Reserven drei Haematit-Lagerstätten von Moncorvo, ebenfalls im Norden des Landes zu nennen, deren Reserven auf 200 Mill. t und weitere vermutliche 200 Mill. t geschätzt werden. Außerdem sind kleinere Magnetit-, Limonit- und Mangan-Erze in verschiedenen Lagerstätten im Süden des Landes vorhanden. Die 20.000 t einheimische Pyrit-Arche, die vorläufig noch für den Export jährlich zur Verfügung stehen, können in einer späteren Phase der Entwicklung ebenfalls für die Eisenzeugung Verwendung finden.

Gut, weil FORD ihn baut



Der TAUNUS siegt!

Die Berichte über die Verkaufsabschlüsse für den Taunus zeigen, daß der neue Wagen gefällt - nicht zuletzt seiner überzeugenden Sachlichkeit wegen!

Das Urteil des Publikums wurde durch das Ergebnis der ersten großen deutschen Zuverlässigkeitsfahrt nach dem Kriege bestätigt. In der ADAC Deutschlandfahrt, der klassischen Langstreckenprüfung, errang der Taunus ungewöhnliche Erfolge: 18 Taunus am Start, 18 Taunus am Ziel! Unsere 3 Mannschaften

ausgezeichnet mit 2 goldenen Schilden und 1 silbernen Schild! Außerdem 11 Siegespreise!

Auf Grund der Erfahrungen eines Weltunternehmens wurde hier wiederum ein Typ von hohem Wert geschaffen - ein Wert, der Ihnen durch den Ford Kundendienst viele Jahre lang erhalten bleiben kann.

Bevor Sie einen neuen Wagen kaufen, machen Sie eine Probefahrt mit dem Taunus. Jeder Ford Händler wird Sie gerne hierzu einladen.

Taunus Standard DM 5350.- Taunus Spezial 1950 DM 6285.-

FORD

FORD-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT KÖLN

Deutsche Börsen

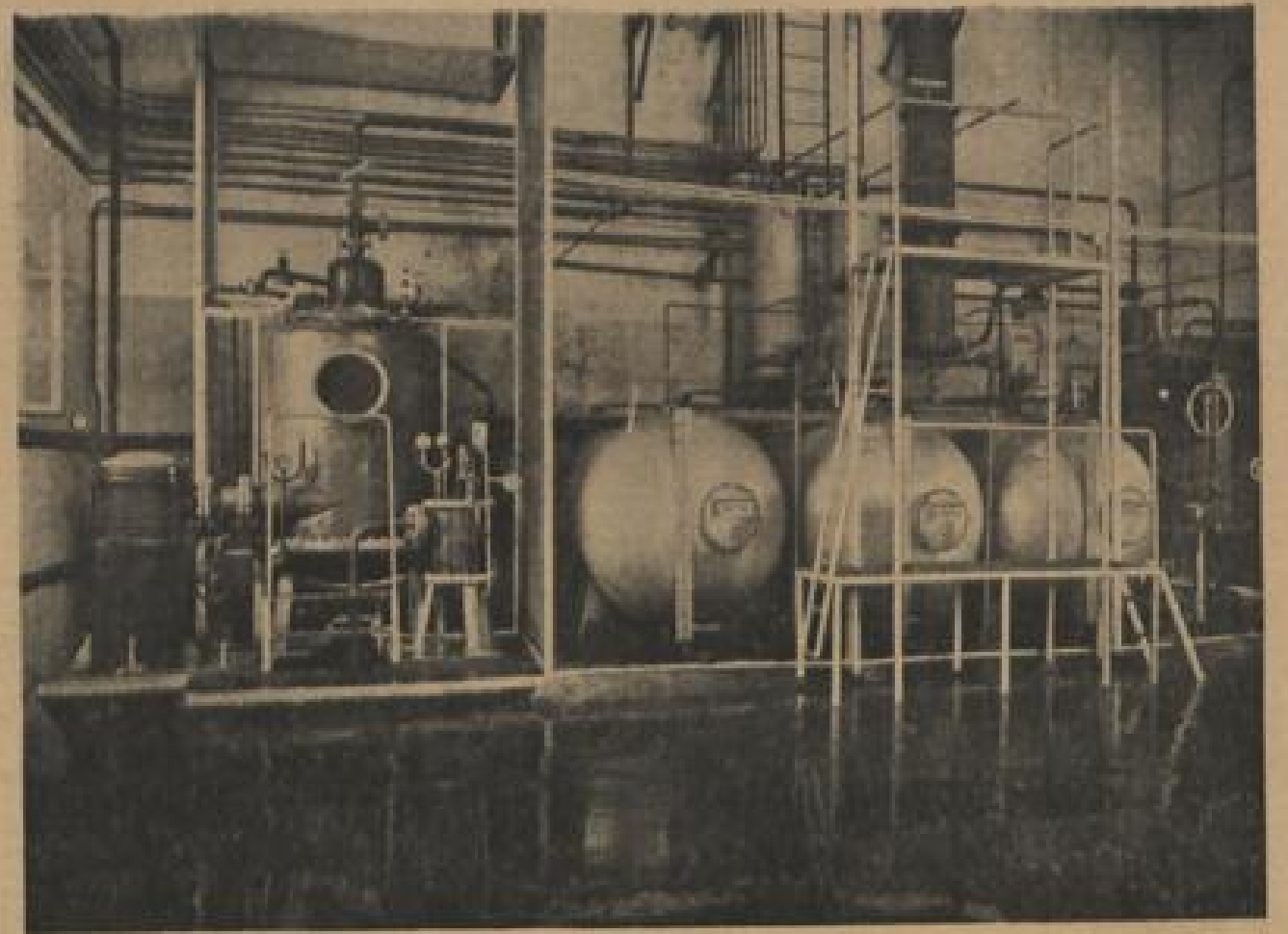
Frankfurt	24.5.36	24.5.36	24.5.36	24.5.36	Düsseldorf	24.5.36	24.5.36	24.5.36	24.5.36
ADG	100	100	100	100	Altenburgerwerk	100	100	100	100
Bayer	100	100	100	100	Bayer AG	100	100	100	100
Chem. Albert	100	100	100	100	Chem. Fabrik	100	100	100	100
Deutsche Bank	100	100	100	100	Deutsche Glas	100	100	100	100
Dr. Licht & Co.	100	100	100	100	Dr. Licht & Co.	100	100	100	100
Frankf. Mess.	100	100	100	100	Frankf. Mess.	100	100	100	100
Harburg	100	100	100	100	Harburg	100	100	100	100
Köln	100	100	100	100	Köln	100	100	100	100
Leipzig	100	100	100	100	Leipzig	100	100	100	100
München	100	100	100	100	München	100	100	100	100
Stuttgart	100	100	100	100	Stuttgart	100	100	100	100

Die aktuelle Reportage.

Hans Müller K.-G. Rastatt

Die wachsende Bedeutung der ausländischen Weine in den deutschen Geschäften und für den deutschen Konsum trieb Bestrebungen und erheblicher Zollerückvergünstigungen gewannen, veranlaßte uns, einen der bekanntesten Weinimporteure und gleichzeitig einer der größten Weinhandlungen die Firma Hans Müller K. G., Rastatt, zu besuchen. An der großen Ausfallstraße nach Freiburg liegen die Räume und Keller dieser Firma auf einem kleinen Hügel am Ausgang von Rastatt. Ein in sich geschlossenes Ganzes, durch eine hohe Mauer zu den Straßen hin abgeschlossen. Im Zuge der Entwicklung ließ man auch hier mit der Modernisierung Schritt. Es zeigte sich als notwendig ein neues Verwaltungsgebäude zu errichten wodurch man Platz für eine größere Kantine bekam. Weiter wurde eine Garage für die Lastzüge, eine komplette Tankstelle für Benzin, Dieselöl und Öl und eine neue Kesselanlage errichtet sowie schließlich einige Grünanlagen geschaffen, die den Betriebsangehörigen während der Pausen eine kleine Erholung geben.

Die Firma Hans Müller verfügt jetzt über eine Lagerkapazität von rund 4 1/2 Millionen Liter Wein. Diese Kapazität verteilt sich auf eine ganze Reihe von Räumlichkeiten und Behältern. In 11 Kellern liegen Holzfässer, wie sie in jeder Weinhandlung üblich sind. Gerade gerichtet wie die Grotten sind sie übereinander in den langen Reihen. Die kleinsten Fässer fassen 500 Liter. In anderen Kellern sind Fässer mit 15 000 Liter Fassungsvermögen. Modern wird es wenn wir in die großen Tanks kommen. Mehrere



Die Weinbrennerei

ten mit Glas ausgelegt und an den Wänden mit Hartlack überzogen. Hier liegt in Tanks neben dem anderen und darüber noch einmal eine Schicht Tanks mit einem Fassungsvermögen von

der geduldet, damit es wieder für eine neue Durchgabe bereit ist.

Neben dieser reinen Lagerung wird von der Firma Hans Müller auch eine Weinbrennerei betrieben, die eine Kapazität von 1000 Liter Weinbrand pro Tag hat. Der Vorgang des Brennens ist bekannt, aber es interessiert uns hier, daß Hans Müller seinen Spezialweinbrand unter dem Namen „Favorite“ vertreibt und damit einen Markencharakter geschaffen hat. (Übrigens werden auch eine Reihe von Weinen der Firma Hans Müller mit dem Favorite-Zoothen versehen). Weiter interessiert uns in diesem Zusammenhang die Zellanlage hinter einem ergonomischen Eisenraster sind die Tanks aufgestellt, die unter Zollerzuschuß liegen.

Fast 100 Zolllöcher sind allein in diesem Raum. 11 DM muß für den Liter weinen Alkohol an die Zollbehörde bezahlt werden. Man soll deshalb nichts mehr gegen die Leute sagen, die Schnaps trinken, denn sie sind gute Staatsbürger, weil sie zu den Einnahmen des Staates erheblich beitragen und weil sie den Zollbeamten zu ihrem Existenzverdienst — beiden übliche Taten. Wir konnten nun in die Abfüllhalle, in der 2000 Flaschen pro Tag gefüllt werden. Die leeren Flaschen werden zunächst sortiert und dann in eine modernen Spülmaschine, die 3500 Flaschen pro Stunde säubern kann, gespült (erst mit 10 Grad heißer Sodalauge, dann mit 50 Grad klarem warmem Wasser, dann mehrfach ausgespült und schließlich noch einmal kalt gespült). Automatisch werden die Flaschen an die Rundfüllmaschine geführt. Zwischen die Füllmaschine und die Verkerkmaschine ist eine Abzugsmaschine zwischengeschaltet, die dafür sorgt, daß jede Flasche ganz gleichmäßig gefüllt ist. Dann wandert die Flasche wieder automatisch in die Verkerkmaschine und geht schließlich in weibliche Hände über, die die Schöpfer auf die Flasche zaubern. Die Etiketten werden zwar noch von einer Maschine beklebt, aber die Bauchbinden und die

Fliegen und die Kragen um den Hals werden mit Hand umgelegt.

Die Firma Hans Müller hat sich auf ausländische Weine, Deserterweine und Spirituosen spezialisiert. Sie importiert aus Frankreich, Italien und Spanien. Man beachtet sich, unter demselben Namen laufend den gleichen Wein mit dem gleichen Charakter zu verkaufen. Das Hauptgewicht wird bei Hans Müller auf die Lagerung gelegt. Die einzelnen Sorten sollen in den Kellern noch reifen und besser werden. Darum legt man hier auch das große Gewicht auf viel Lagerraum — und in dieser gewaltigen Lagerkapazität liegt die Stärke der Firma.

Man wird verstehen können, daß eine große Weinhandlung sich auch eine Werkstatte eingerichtet hat, die Wein-Kisten repariert und auch herstellt. Wir sahen ein modernes legendes Sägegerät und eine moderne Kistenagelmaschine. Die Kisten mit dem Weinflaschen haben einige auszuhalten und müssen solide gebaut sein.

Zum Abtransport stehen der Firma sechs Lastzüge mit je 15 t zur Verfügung. Für das Heranführen von Wein ist selbstverständlich ein Gleisanschluss vorhanden und eine eigene Diesellokomotive, die die Güterwege hinstellt und herausbringt.

Wenn auch der größte Teil der Weine, wie wir schon sagten, gelagert wird, so muß doch das Einfüllen und Abfüllen schnell vor sich gehen. Der ganze technische Apparat ist auf schnelles Einfüllen und Füllen abgestellt. Die abgefüllten Weine werden nicht alle auf Flaschen gefüllt, sondern ein nicht unbeträchtlicher Teil wird auf kleinere Fässer umgefüllt und dann an die Weinhandlungen versandt, zum Teil unter Befüllung der Kisten.

In diesem Betrieb sind rund 300 Menschen beschäftigt. Das ist bei dem Umsatz, der hier bewältigt wird, nicht viel, aber gerade dies zeigt, wie stark mechanisiert und rationalisiert dieser Betrieb ist.

Auslandsbörsen

Die internationale Finanzwelt beschäftigt sich in der vergangenen Woche lebhaft mit den Gerüchten über eine bevorstehende Umstellung der französischen Währung auf Golddeckung, die die freie Konvertierbarkeit der französischen Devisen zur unmittelbaren Folge hätte. Von amtlicher Seite wurde in konkreter Form zu diesem Meldungen noch nicht Stellung genommen. Die Tatsache, indessen, daß schon seit einigen Wochen der Dollar Kurs am freien Pariser Devisenmarkt dem amtlichen Kurs fast gleich notiert, gibt diesen Gerüchten und Meldungen einen sehr realen Hintergrund. Die im allgemeinen sehr gut unterrichtete französische Finanz-Wochenzeitung „La Vie Française“ greift diese Angelegenheit auf und erklärt am 14. Juni, daß die Bank von Frankreich dem internationalen Währungsfonds auf seiner Jahresversammlung im September dieses Jahres drei Vorschläge unterbreiten wird:

- 1) Einen amtlichen Kurs für den französischen Franc zum Dollar von 350 Franc anerkennen.
- 2) Die freie Einfuhr von Gold nach Frankreich zu gestatten.
- 3) Die Bank von Frankreich zu ermächtigen, Gold am französischen freien Markt unter den Bedingungen des Artikels 4, Absatz 2, des Abkommens von Bretton Woods anzukaufen.

Der Artikel 4, Absatz 2, des Bretton-Woods-Abkommens sieht vor, daß der internationalen Währungsfonds eine Kommission für die Goldtransaktionen der Mitgliedsländer festsetzen kann. Kein Mitglied darf Gold zu einem Preis kaufen, der über diese Spanne hinausgeht. Hieraus ist zu entnehmen, so führt die Zeitschrift fort, daß der Währungsfonds den Ankauf von Gold über den Paritätspreis von 35 Dollar je Feinunze assistieren kann.

In Kreisen des Pariser Goldhandels merkte man in den letzten Tagen vielfach die Meinung, daß der internationale Währungsfonds der Bank von Frankreich sicherlich die Ermächtigung zum Ankauf von Gold am Pariser freien Markt erteilen werde, sofern der Goldpreis an diesem Markt sich der amtlichen Parität annähert. Sollte also der Währungsfonds diesem Vorschlag zustimmen, das heißt, die Bank von Frankreich die Ermächtigung zur Zahlung eines Aufpreises erteilen, dann werde, wie man in Paris argumentiert, die Bank von Frankreich genügend Gold zu ihrer Verfügung haben, um den Pariser Preis innerhalb der vom internationalen Währungsfonds festgesetzten Grenzen zu halten. Angesichts der Verhältnismäßig der Zeitschrift „La Vie Française“ und der in den letzten Tagen in Paris unlaufenden Gerüchte rechnet man mit einem weiteren Fallen des Preises für Gold am Pariser freien Markt. In den letzten Tagen der Woche zeigte sich in den Notierungen eine gewisse Festigung, wobei Erwägungen im Zusammenhang mit der französischen Innenpolitik und mit der europäischen Entwicklung eine beschränkte Rolle gespielt haben mögen. Man war indessen in Bezug auf die Zukunft in Kreisen des Goldhandels trotz dieser letzten Tendenz recht skeptisch. Dabei stützte man sich nicht nur auf die letzten Berichte über die Absichten der Bank von Frankreich, sondern auch auf Meldungen, nach denen eine Wiederaufnahme der Golddecks durch die Schweizer Nationalbank unmittelbar bevorzogen sei.

PARIS: freundlich

Die Pariser Effektenbörse stand in der Woche vom 16. Mai unter dem Eindruck zweier Entwicklungslinien, einer günstigen und einer zweiten ungünstigen, von denen die letztere die Börsengeschäfte bestimmend wurde. Die Woche begann in sehr freundlicher und

zuversichtlicher Haltung. Die Möglichkeiten für eine freie Konvertierbarkeit der französischen Währung, der Stabilisierung des französischen Franc auf Goldbasis und eines verweirten, die Diskussionen wurden lebhaft erörtert. Sie führten dem Geschäft das Gepräge verliehen den Erwartungen. In Ausgehend von den Erfahrungen der französischen Nationalversammlung über die Frage der Beschaffung der Staatsanleihen setzte schon am Dienstag ein Umschwung ein, der auf der einen Seite zu erheblichen Kursverlusten führte. Erst am letzten Wochentage wurde die Stimmung etwas freundlicher. Die Kursgewinne beschränkten sich jedoch überwiegend auf Spezialaktien, unter anderem Montan- und Chemiewerte. Französische Renten gaben nach.

	18.5.36	19.5.36
3%ige zwiger Rente	4.000	4.000
Credit Lyonnais	1.468	1.455
Caoutchouc Indochine	1.500	1.430
Kuhlmann	3.860	3.750
Schneider-Cresant	5.500	5.420
Canadian Pacific	2.505	2.443
Shell	1.630	1.635
De Beers	14.800	15.000
Rio Tinto	92.200	98.800

SCHWITZ: unruhig.

An den schweizerischen Aktienmärkten entwickelte sich in der vergangenen Woche ein recht lebhaftes Geschäft. Die Kursentwicklung war dabei im allgemeinen unruhig. Gegen Wochenanfang zeigten die Börsen jedoch ein überaus gestärktes Gepräge. Ausgesprochen günstig entwickelten sich die Kurse für schweizerische Industriewerte. Nestlé setzten, als Ausnahme ihre Aufwärtsbewegung fort, wofür neben den günstigen Geschäftsaussichten der Gesellschaft auch die Meldung über die nochmalige Kapitalerhöhung der französischen Tochter mitbestimmend war. Trotz des günstigen Außenhandelsstoffes für Mai lagen Brown Boveri, Sulzer, Lonsa und Ciba schwächer. Das Hauptaugenmerk richtete sich auf verschiedene schweizerische Trustwerte, auf die nach Deutschland orientierten Bankaktien und auf amerikanische Papiere. Die Absicht der französischen Regierung für ein Stimulierung des Francs fand in der Schweiz günstige Kommentare, wenn auch eine gewisse Skepsis erkennbar war. Die beiden Bankaktien, Baseler Handelsbank und Eidgenössische Bank, deren Aktien hauptsächlich in aus stilllegenden Gold haben in Westdeutschland bestehen, fanden erneut zu steigenden Kursen. Absehbar, Angeregt wurde das Kaufinteresse für diese Werte durch die schrittweise Liberalisierung des Wirtschafts- und Finanzverkehrs mit Westdeutschland und durch den Beitritt Berns zum Europa-Pakt.

Notenbursen in Zürich am 17. 5. 1936

1 \$ USA	4,20/4,31
1 £ England	11,09/1,30
100 fr. Frankreich	1,22/1,24
100 sfr. Belgien	2,57/2,59
100 skf. Dänemark	10,55/10,56
100 skr. Schweden	11,30/11,30
100 kr. Norwegen	48,50/48,50
100 der. Dänemark	48,50/48,50
100 Litr. Litauen	14,70/14,90
100 Escudo Portugal	20,20/20,20
100 skr. Fessas Argentinien	28,10/28,10
100 ruf. 1. Türkei	1,00/1,11
100 österr. Schilling Österreich	10,50/10,50
1 Inroad 1. Iran	8,40/8,40
100 RM Deutschland	80,00/88,50

LONDON: eher schwächer

Die ungewisse innenpolitische Lage Großbritanniens kam im Hinblick auf den Wiedereintritt des britischen Parlamentes auf der einen Seite und die Unsicherheit über die Bedingungen der staatlichen Kohlenabgabe, die zur Abgeltung der Rechtsansprüche für



Das neue Verwaltungsgebäude

Räume enthalten solche glasverkleideten Tanks. Dabei gibt es kleinere Tanks mit 15 000 Liter und größere mit 40 000 Liter Fassungsvermögen. In einem anderen Raum sind stehende Tanks mit einem Fassungsvermögen von 30 000 Liter. Die modernste Anlage besteht aus nebeneinander liegenden Betonkanten, eine lange Fall oder Tank zu sehen ist, sondern nur das Märrisch und der Einfülltrichter. Die Tanks sind auch nicht rund, sondern viereckig, um



Gruppen von glasverkleideten Stahl tanks

Zweckenbestimmungen dienen soll, waten die hauptsächlichsten Faktoren, die dem Geschäft an der Londoner Effektenbörse das Gepräge geben. Weder der eine noch der andere der beiden Momente brachte Annäherungen.

In Gegenfall, sie bewirkten auf allen Seiten Zurückhaltung und Vorsicht. Das Geschäft hielt sich in engen Grenzen, wobei ein langsam, aber stetig rückläufiger Trend unverkennbar war. Der Markt für schweizerische Minierwerte war durch die unbestimmenden Dividendenrückstellungen der führenden Bergbau- und General Mining Corporation ungünstig beeinflusst. Auch deutsche Emittenten wurden von der allge-

meinen Entwicklung in Mitleidenschaft gezogen.

	16.5.36	17.5.36
2%ige Consols	71	70 1/2
5%ige Dawes-Anleihe	20 1/2	21
5%ige Young-Anleihe	18 1/2	19 1/2
7%ige Dutch-Koloniale	10	11 1/2
6 1/2%ige Dutch-Koloniale	67 1/2	69 1/2
1%ige Dutch-Koloniale	15 1/2	16 1/2
Royal Dutch	21 1/2	22 1/2
Anglo-Iranian	143 1/2	144 1/2
Contrauld	37 1/2	38 1/2
Imperial Chemical	40 1/2	41 1/2
Reuters Index	82 1/2	83 1/2
für Goldkoderer	129 1/2	131 1/2
Industriewerte	107 1/2	109 1/2
Kaffirwerte	107 1/2	109 1/2

New York: weiter fest. Der Kursstand an der New York

Effektenbörse scheint sich für eine Zeitlang stabilisiert zu haben. Diese, in der vorigen Woche ausgesprochene Meinung, hat sich durch die Entwicklung im Berichtsbereich bestätigt. Auch in Kreisen der Börsenexperten von Wall Street wird die gleiche Ansicht vertreten. Die nächsten Wochen werden wahrscheinlich Korrekturen bei einzelnen Werten bringen, ohne daß allerdings das gesamte Kursniveau eine größere Veränderung erleidet. Einige Experten — die sind in der Minderheit — rechnen für den Herbst dieses Jahres mit dem allgemeinen Rückgang. Die Wall Street begann die Woche mit einer Fortsetzung der steigenden Tendenz. Der Durchschnittskurs für 30 Industrie-